

Bezugspreis.

Mittels 10 Pfennig monatlich... Reichsmark voraus zahlbar...

Der 'Vorwärts' mit der illustrierten Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Kompletzseite 50 Pfennig...

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Donnerstag, den 11. November 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

'Der Graf hat es befohlen!'

Der deutschnationale Sturm auf die Ministerfüße.

In der gestrigen Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags spielte sich, wie uns zu unserem Bericht im Abendblatt...

Wie erinnerlich, hatten die Kommunisten den sozialdemokratischen Vorschlag auf verlängerte Gewährung der Erwerbslosenhilfe...

'Der Graf hat es befohlen!'

Auf dieses Kommando hin erhoben sämtliche Deutschnationalen die Hände, und die Vorsitzende konnte die Annahme des Antrags feststellen...

Noch nie ist mit der Not des Volkes ein so infames Spiel gespielt worden, wie es jetzt die Deutschnationalen spielen...

Die Sozialdemokratie kämpft im Reichstag für eine bescheidene Besserung der verzweifeltsten Lage, in der sich heute Millionen deutscher Volksgenossen befinden...

Was die Deutschnationalen tun, hat aber mit Ehrlichkeit in keiner Weise etwas zu tun. Es ist eine Infamie! Eine grausame Verhöhnung der ärmsten der Armen...

Die Geduld, mit der Reichstag und Regierung diesem Treiben gegenüberstehen, ist erstaunlich, ihre Hilflosigkeit ist besorgniserregend...

In der Situation, wie sie sich jetzt herausgebildet hat, ist es die Pflicht der Regierung, den Reichstag auf den Weg sachlicher Arbeit zurückzuführen...

Die Sozialdemokratische Partei ist bereit, diesem unwürdigen Zustand ein Ende zu bereiten. Sie ist bereit zu sachlicher Arbeit im Interesse des Volkes...

Die Deutschnationalen wollen Ministerfüße. Die Sozialdemokratie will, daß der Not des Volkes mit allen zweckdienlichen Mitteln und mit Aufbietung aller Kräfte gesteuert wird...

Auch Minderheitsregierungen können regieren. Aber sie können nicht selbstherrlich regieren ohne Berücksichtigung der Mehrheitsverhältnisse im Parlament...

Und die wollen regieren!

Im Reichstag sprach gestern Genosse Löbe als Abgeordneter über den Waffenschatz der Reichswehr...

'Dieser Republik nicht!'

Alles sprang auf, um zu sehen, wer da die bewaffnete Macht der Republik zum Widerstand gegen die Republik aufriefte...

Für welchen Posten dieser Herr Lohmann ausersuchen ist, wenn die Deutschnationalen in die Regierung kommen, ob zum Reichsjustizminister oder zum Reichswehrminister...

Verbrecherherrschaft in Italien.

Das Gesindel an der Arbeit.

Aus Chiasso wird uns geschrieben: In Legnano, Gallarate und Buso-Arsizio, alles Orte in der Provinz Ober-Mailand, sind eine ganze Anzahl Arbeiter mit ihren Familien gewalttätig aus ihren Häusern entfernt worden...

Aus Rom sind nur unvollständige Nachrichten zu erhalten. Fest steht jedoch, daß die Wohnungen des Journalisten Gianini, des Sekretärs des italienischen Transportarbeiterverbandes...

In ganz Italien kann man mehrere hundert von Verhaftungen und Brandstiftungen zählen; die Zahl der bei den Ex-

zessierten Verwundeten beträgt nach erster oberflächlicher Berechnung mehrere Tausend, man spricht von 5000 bis 6000, ebenso viele Verhaftungen sind erfolgt...

In Bergamo sind viele katholische Volksparteiler Opfer der Gewaltorgien geworden. Während der Nacht wurde das Haus des katholischen Abg. Cavazzoni zerstört, er selbst schwer verprügelt...

In Vicenza hat der Bischof während des heiligen Ledens in der Kathedrale den Einfall gehabt, einige schäbsterne Tadelsworte gegen das Lynchsystem zu sprechen...

Der Gefhler-Hut.

Aufgerichtet vor Feme und Schwarzer Reichswehr.

Im Reichstag hat gestern der Reichswehrminister Dr. Gefhler goldene Worte gesprochen von der Notwendigkeit, die Reichswehr aus der Atmosphäre des Mißtrauens herauszubringen...

Das alles ist logisch unanfechtbar und scheint auch politisch von fester Entschlossenheit zu zeugen. Besonders, wenn man die weiteren Sätze aus der Gefhler-Rede hinzunimmt...

Wer würde den Reichswehrminister für solche Warnung scheitern wollen?

Aber die andere Frage ist: Welches Vertrauen kann die Haltung und Warnung des jetzigen Reichswehrministers in diesen Dingen in Anspruch nehmen?

Es gibt nicht nur den Fall Seect und den des Zollernjünglings in Reichswehruniform. Es gibt den der Schwarzen Reichswehr — die nach amtlicher Darstellung überhaupt nicht existierte und, als sie trotzdem eines Tages ihren Vätern gefährlich wurde...

Der Fall Landsberg, das heißt die dort unter Beleuchtung stehende Feme, ist in erster Linie ein Fall der Reichswehr und des Reichswehrministeriums...

Jeder, der nicht an der absichtlichen Verdunkelung sehr eindeutiger Tatbestände ein Interesse nimmt, hat es begrüßt, daß das Gericht der märkischen Kleinstadt resolut mit der Geheimnistuerei zu brechen erklärte...

Was aber geschah in Wirklichkeit? Was zunächst nicht klar erkennbaren Gründen wurde der Gesamtzirkel von Straffällen, die als Femetaten innerhalb der Schwarzen Reichswehr allgemein angesprochen werden...

Was zunächst als ein Zufall in der Geschäftsdisposition erscheinen mochte, hat sich in den letzten Stunden der Verhandlung aber als ein gewollter Akt klar herausgestellt...

Es wurde ein Gefhler-Hut aufgerichtet, dessen Nichtbeachtung den Anwälten die Anwendung der 'Gerichtsgewalt' einbringen sollte. Daß die Anwälte des Nebenklägers gegen diese ihr Anwaltsamt herabsetzende Behandlung durch Niederlegung ihres Mandats protestierten...

Einer der gestern vernommenen Zeugen hat erzählt, daß ihm bei seiner Aufnahme in die — nicht vorhandene — Schwarze Reichswehr die Schweigepflicht durch die drastischen Worte angedeutet wurde: „Aber Schnauze halten, sonst...!“ Und eine Handbewegung an die Gurgel sagte das übrige.

Der Vorsitzende des Gerichts sagte nur: „Das Gericht wird seine Gewalt gegen den Anwalt des Nebenklägers anwenden, und es ist stärker als Sie, Herr Rechtsanwalt!“

Welch ein Unterschied in der Formulierung! Aber welche eine Uebereinstimmung in der Sache!

„Ueber Thema“ darf nicht gesprochen werden, wenn es sich nur um Gädiche handelt. Was geht die Richter und Geschworenen in Sachen B. die Tätigkeit des Angeklagten in Sachen A. an? In einem Falle ist der Häuptling der Feme freigesprochen. Warum will man nachweisen, daß er wenigstens in andern Fällen schuldig sei?

Bilgartig beleuchtet die Lage jene Äußerung des Vorsitzenden zu dem Zeugen Oberst Sudovius, er dürfe nicht nur für Schulz ausfragen! Bilglichtartig beleuchtet sie auch die gemeinsame Weigerung der Zeugen; den Vertretern des Nebenklägers Antwort zu geben. Noch schärfer aber die Beschränkung der Ausfragengenehmigung, auf die sich alle militärischen Zeugen berufen konnten! Sie vor allem hinderlich, festzustellen, inwieweit Schulz sich als absoluter Herrscher im Reich der „Arbeitskommandos“ fühlen konnte und als „Offizier“ die Verantwortung trägt für die Greuelthaten, die in seiner Truppe gang und gäbe waren.

Der Fehlerhut vor Feme und Schwarzer Reichswehr, der Fehlerhut vor der vollen Wahrheit — das ist der Eindruck, den die Verhandlung in Landsberg hervorrufen muß. Und obgleich der gegenwärtige Reichswahrscheinlich mit dem historischen Begriff des Fehlerhutes nichts zu tun hat — zur Aufklärung der Laten verurteilter „nationaler“ Burschen, die ebenso unter seiner Vormachtigkeit standen wie General Seede, bleibt er verpflichtend! Und vor allem zur Beseitigung aller, die in seinem Ministerium und unter seiner Verantwortlichkeit die Beziehungen zu den „Arbeitskommandos“ schufen und aufrecht erhielten, die sich, wie trotz allem ans Licht kam, zu „Arbeitskommandos“ entwickelten.

Wir erwarten nach den goldenen Worten von gestern die befreiende Tat von morgen!

„Ich bin ein Preuße...“

Eine echt Potsdamer Tagung.

Da sah man sie also wieder in ihrem geliebten Potsdam, die alten vertrauten Gesichter, die martialischen Generale, die Herren Majore, mit Epauletten und Ordensband, die edlen Fräuleins einer pp. ersten Gesellschaft, die Männer mit schmilzbedeckter, akademischer Bildung, und die deutschnationalen Handlungsgehilfen aus den väterländischen Verbänden. Denn der Preußenbund hielt seine Jahresversammlung ab, die Hakenkreuze schimmerten, rollende Reden rasselten.

Nachdem man zuerst in geschlossener Sitzung die alten Belange gewahrt und die versch. Revolution in Grund und Boden verdonnert hatte, setzte man den Rummel im Wirtshaus Sanssouci — der Geist des alten Fröhens steigt auf! — durch eine öffentliche Kundgebung fort, die freilich nicht unter Ueberfüllung zu leiden hatte. Und ein weitestens Kreisen des deutschen Volkes unbekannter General von Dommers machte uns mit militärischer Kürze und Schneidigkeit klar, daß „nur eine Monarchie unter dem ruhmreichen Hohenzollernhause Preußen zu seiner alten Größe zurückzuführen könne“. Warum wir aber die Segnungen des Wilhelmismus bitter nötig haben, darüber belehrte uns der Fürstenanwalt Dr. Eperling. Er wußte nichts über die heute bereits geschichtswissenschaftlich festgestellten Sünden des persönlichen Regimes Wilhelms II., aber unendlich viel von den Schwächen und Fehlern des Parlamentarismus! Er wußte nichts von den kaiserlichen Affären

Podbielski-Zippelstich, aber unendlich viel von der durch den „Lokal-Anzeiger“ und seinesgleichen künstlich konstruierten und zusammengebrachten republikanischen Korruption! Als er uns mit Stentorstimme die abgrundtiefen Mißstände der preussischen Verwaltung unter dem verrückten System Seering-Grzesinski schilderte, konnte man manchmal beinahe glauben, daß er uns von — Kahr-bayern erzählte.

Und nun wurde es immer „preussischer“! Major a. D. Graf Eulenburg, „letzte Kriegskommandeur des 1. Garde-Regiments zu Fuß“, jetzt Stahlhelm-Kommandeur von Ostpreußen, hatte das Wort. Es klang wie Frage und Antwort auf dem Kasernenhof, und man kam sich richtig kommissiv vor! Was hat uns groß gemacht? Antwort: Die Hohenzollern! Wie brach die Front zusammen? Antwort: Durch den Dolchstoß! Was gilt es zu wahren? Antwort: Den Potsdamer Geist! Politisch ist doch eine fürchtbar einfache Sache!

Das Schlusswort hatte — wer kommt denn da? — ein alter guter Bekannter, Eard von Oldenburg-Januschau, der Herr mit dem Leutnant und den zehn Mann. Päpstlicher als der Papst, preussischer als preussisch! Was ist ihm in einer Zeit, da die Millionen des deutschen Volkes ein Groß-Deutschland mit Einschluß Oesterreichs heißen Herzens anstreben, auch nur das Bismarckische Klein-Deutschland? Helmut! Immer wieder und vielfach variiert spricht er es aus: „Wir wollen Preußen sein und Preußen bleiben!“ Und im trübenden Chorus ertönt das Preußenlied. Als aber die Stelle kommt: „daß für die Freiheit unsere Väter starben“, da wendet sich der Gast angelehnt dieser Versammlung mit Grauen und denkt unwillkürlich daran, daß unter Friedrich Wilhelm III. beispielsweise gerade dies Preußenlied wegen der Erwähnung der Freiheit verpönt und verboten war!

Für die Einheitsrepublik!

Ein Bekenntnis der bayerischen Sozialdemokraten. Neue Drohungen Felds.

München, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) In der am Mittwoch erfolgten Aussprache über die Regierungserklärungen im Bayerischen Landtag zum Finanzausgleich oblag dem Fraktionsführer der Bayerischen Volkspartei die undankbare Aufgabe, die unbesonnene Rede des Ministerpräsidenten Dr. Feld abzuschwächen. Es lag dem Redner vor allem daran, den Ausspruch Felds, die bayerische Regierung werde im Kampf um Bayerns Eigenstaatlichkeit bis zu den äußersten Konsequenzen gehen, dahin zu revidieren, daß diese äußersten Konsequenzen nur im Rahmen der bestehenden Gesetze gezogen werden sollen.

Mit großer Spannung wurde die von den Sozialdemokraten abgegebene Erklärung erwartet und angehört, die der bürgerlichen Landtagsmehrheit und ihrer Regierung die Waage geschickt rief. Diese Erklärung stellt fest, daß die bei den Ministerreden abgegebenen Erklärungen nicht anderes waren als eine Kampfanzeige an das Reich aus dem Bestreben heraus, die Reichseinheit auszuhöheln. Demgegenüber bekennt sich die sozialdemokratische Fraktion rückhaltlos und offen zur deutschen Einheitsrepublik auf der Grundlage der konzentrierten Selbstverwaltung: „Der eiserne Zwang zur lächelnden Zusammenfassung der Kräfte des deutschen Volkes in einem Einheitsstaat führt mit Notwendigkeit zur Vereinheitlichung der Steuererhebung und zur Konzentration der Steuerquellen in den Händen einer zentralen Reichsgewalt. Ein Reich, das sich nicht selbst aufgeben will, darf die wichtigen allgemeinen Steuern nicht aus der Hand geben.“

Wir wenden uns deshalb auf das schärfste gegen die Erklärung des Ministerpräsidenten, daß die Länder nicht Kostgänger des Reiches sein können. Wir schenken es weiter entschieden ab, die Auseinandersetzung über den Finanzausgleich zu einem Machtkampf zwischen Ländern und Reich zu steigern. Das wäre ein Verbrechen am deutschen Volke.

Der Finanzausgleich ist auch nach unserer Auffassung nicht eine vollkommene Lösung der Finanzprobleme, die sich aus der jetzigen Lage des Deutschen Reiches ergeben. Solange Länder und Gemeinden verfassungsmäßig bestimmte Aufgaben zu erfüllen haben, müssen unter allen Umständen die Mittel zu ihrer Erfüllung bereitgestellt werden. Niemals aber kann die an sich geschwächte Steuerkraft weiter Schichten des Volkes dazu benutzt werden, einen mit den jetzigen Verhältnissen unträglichen Verwaltungsapparat der Länder ausrechtzuhalten. Bayern, das nach dem Wort des Finanzministers und des Ministerpräsidenten wiet-

schäftlich schwächer ist als andere deutsche Länder, kann diesen nicht zumuten, daß sie mit ihrer stärkeren Steuerkraft die Kosten der besonderen bayerischen Landesverwaltung und die übermäßigen Zuwendungen an die Kirchen aus allgemeinen Staatsmitteln alimentieren.

Weiterhin wenden wir uns mit aller Schärfe gegen die ange-deutete Absicht des Ministerpräsidenten, auf eine Besteuerung des durch die Reichsgesetzgebung freigelegenen Erbschaftsminimums hinzuwirken. Es läuft auf eine Täuschung der Öffentlichkeit hinaus, wenn sowohl der Finanzminister wie der Ministerpräsident es so darzustellen belieben, als gründe die Rückgabe der Steuerhoheit an die Länder, um dem Finanzfeld ein Ende zu machen.

Wir sind im Gegenteil auf Grund des bisherigen wirtschaftspolitischen Verhaltens der Landtagsmehrheit davon überzeugt, daß die Steuererhebung in den Händen dieses Landtags sich zum Schaden der breiten wertvollen Bevölkerungsschichten noch viel unförmlicher auswirken dürfte als die bisherige Reichsgesetzgebung. Wir können die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne mit aller Schärfe gegen die Finanzpolitik der bayerischen Regierung und vor allem des Finanzministers den Gemeinden gegenüber Einspruch zu erheben. Wir stellen fest, daß Staatsregierung und Mehrheit des Landtags gegen die bayerischen Gemeinden dieselben Methoden anwenden, die sie bei dem Reich so entschieden verurteilen.“

Auf diese Erklärung hin versuchte auch der Ministerpräsident, seine gestrige Rede einzuschränken. Er erläuterte die bekannten Worte dahin, daß die bayerische Regierung in diesem Kampf um den Finanzausgleich alles daran setzen werde, was möglich sei. Außerdem äußerte er, seine Regierung stehe in diesem Kampfe nur auf dem verfassungsmäßigen parlamentarischen Boden. Wenn das nicht zum Ziele führen sollte, auch nicht durch Zurückziehung der Bayerischen Volkspartei aus der Reichsregierung, so rufe die bayerische Regierung den Staatsgerichtshof an.

Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme eines von der bürgerlichen Mehrheit eingebrachten Antrages, in dem die bisherigen Schritte der bayerischen Regierung in der Frage des Finanzausgleichs gebilligt und die Regierung ersucht wird, weiterhin für eine Lösung einzutreten, die dem Grundgedanken der Aufrechterhaltung der Lebensfähigkeit der Länder Rechnung trägt.

Das Geheimnis des Stresemann-Bildes.

Eine antisemitische Ueberrheit.

Herr Lambach hat bekanntlich in höherem Auftrage — hat auch dies der Graf befohlen — seine deutschnationalen Fraktionskollegen zur Beschäftigung eines Gemäldes eingeladen, das „Herrn Stresemann im Kreise seiner Anhänger“ zeigt und das „eine politische Sentation“ bedeuten soll. Der „Wib“ dieses Geheimnisses besteht, wie wir erfahren, darin, daß Herr Stresemann (offenbar weil er mit einer Jüdin verheiratet ist) in der Gesellschaft von lauter Juden dargestellt ist, die die Phantastik des Künstlers mit den entsprechenden Rosen und Beinen verschwenderisch ausgestattet hat.

Eine der so dargestellten Nebenfiguren soll übrigens mit dem bekannnten deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Geheimrat Dr. Duagh eine auffallende Ähnlichkeit besitzen.

Ein Rahenschütze.

Der deutschnationale Abg. Prof. Strathmann.

Auf Rahen geschossen hat der deutschnationale Abg. D. Strathmann mehrmals in seinem nur mit einem Drahtzaun eingezäunten Garten. Durch die Rahenschießerei wurden Menschen in Gefahr gebracht. Um den Abgeordneten, der Professor der Theologie ist, vor Störungen seiner Tätigkeit im Reichstoge zu bewahren, beschloß jedoch der Geschäftsausschuß des Reichstages, die Richtaufhebung der Immunität vorzuschlagen.

Uebrigens schwebt auch gegen den deutschnationalen Abg. Hugenberg ein Verfahren, und zwar wegen Uebertretung des sippischen Fischereigesetzes.

Ausweisung von Ausländern. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst einem Rundschreiben des Ministers des Innern entnimmt, besteht Veranlassung, neuerdings auf frühere Erlasse hinzuweisen, wonach Massenweisungen von Ausländern unzulässig sind.

Sechs Tage und sechs Nächte.

Von Hans Bauer.

Im alten Rom Neros amüsierten sich die führenden Schichten an der Zerstückelung ihrer Nimmenschen durch Bestien, und im deutschen Mittelalter galten die öffentlichen Hinrichtungen als anregende Nachmittagsunterhaltungen. Das haben wir ja nun glücklich hinter uns. Darüber sind wir hinausgediehen. Vutunft liegt uns fern. Unsere Sehnsucht geht nicht mehr nach der aufstrebenden Zerstörung fremder Völker — aber für so ein blühendes Quälereil haben wir nun doch noch was übrig.

Wieder einmal hat Berlin sein Sechstagerrennen, ein zuweilen eiferner an sportliche Veranstaltungen erinnerndes Unternehmen erlebt. Eine Anzahl Fahrer bewegten sich im Kreise herum und gaben den Vorwand für erheitende Bemerkungen des Publikums ab.

Früher hatte man eine gewisse Ehrfurcht vor der zum sechstägigen Durchhalten erforderlichen Trampelenergie und fand das sechs Tage währende Fahren als solches reizvoll. Heute ist man anspruchsloser geworden. Das weiß man nun, daß ein Fahrerbus 144 Stunden abwechselnd Pedale treten kann. Das allein wünscht man nicht von neuem zur Kenntnis zu nehmen. In einer Zeit fortschreitender Zivilisation wird man ja wohl auch vom Menschen erheblichere Leistungen verlangen dürfen. Für kein Geld will man heute zeltgenähe Jagden sehen, mehr Schweiß, mehr Hingabe als früher, mehr Ernst zur Sache.

Es läßt sich nicht behaupten, daß es die Fahrer diesmal daran fehlen ließen. Ein Ueberlundungsversuch jagte den anderen. Das hieß freilich nicht viel, aber immerhin ist horder infolge zu starken Dopings ohnmächtig vom Sattel gefallen, Bauer hat sich in ärztliche Behandlung geben müssen, und Lorenz ist von Magenkrämpfen befallen worden. Solche medizinische Zwischenfälle sprechen für sich und bilden ein wertvolles Illustrationsmaterial für die Qualität des Gebotenen.

Trat doch einmal eine Kampfpause ein, so mußten sich die einsachsern Leute unter den Zuschauern allerdings mit der ruhigeren Situation begnügen, aber die besseren hatten auch das nicht nötig. Eine Prämie vermag es jederzeit, spannende Spurts zu provozieren. Freudig gibt der Reiche auch mal Geld, das aus der Arbeit fremder Hände stammt, für die Arbeit fremder Beine aus, und es hat seinen tiefen Sinn, daß irgendwo arme Kerle schufteten, denn wie könnten andere arme Kerle sonst zum Schuftigen gebracht werden!

Nach 12 x 12 Stunden landete dann der überlebende und unerleibte Teil der Fahrer an genau der Stelle, von der er vor 12 x 12 Stunden abfuhr. Das Siegerpaar hat einige tausend Kilometer und die anderen Paare haben einige hundert Meiler weniger zurückgelegt. Es war vorauszusehen, daß es so kommen würde, aber es ist dennoch ein wichtiges Ergebnis.

Die Tagung der Polarforscher.

Auf der Tagung der Polarforscher, die Mittwoch im Preussischen Landtag eröffnet wurde, betonte Oberbürgermeister Böhm in seiner Begrüßungsansprache, daß Deutschland als ein wirtschaftlich und kulturell durch den Krieg stark zurückgebrängtes Volk mehr als andere Völker darauf angewiesen sei, daß neue Gebiete der Erde der Gesamtheit zur Verfügung gestellt und erschlossen würden. Er sprach den Wunsch aus, daß die Arbeit der Gesellschaft auch der Annäherung der Völker dienen werde. Ransen erwiderte, daß man in der deutschen Reichshauptstadt auch im Zentrum der Wissenschaft sei. Begrüßungsreden hielten dann der Vertreter der Universität Berlin, Prof. Wen, der Vertreter der Technischen Hochschule Berlin und der Rektor der Handelshochschule Berlin. Namens der russischen Akademie der Wissenschaften und im Auftrage der russischen Gesellschaft der Freunde der Luftschiffahrt begrüßte Bergmann-Weningrad die Tagung. Ransen leitete dann mit, daß die Kongresssprache Esperanto, Deutsch, Französisch und Englisch seien.

Prof. Rohlschütter, der Vorsitzende der deutschen Gruppe, gab sodann einen Bericht über die Entstehung und Entwicklung der Studiengesellschaft, deren bisherige Tätigkeit und geplante Organisation. Der Redner verwies u. a. auf eine Erklärung Dr. Eäeners, daß der Juppelbau bereit sei, der Studiengesellschaft sein nächstes Luftschiff für die Studienfahrt über die Arktis zur Verfügung zu stellen. Hierauf sprach Frisiof Ransen, lebhaft begrüßt, über die wissenschaftliche Notwendigkeit, Arktisforschungen zu treiben, und die Unzulänglichkeit der bisher benutzten Forschungsmittel. Der Redner erklärte, daß das lenkbare Luftschiff bereits in seinem heutigen Entwicklungsstadium große Vorteile für die Untersuchung der arktischen Gebiete habe. Sein Aktionsradius umfasse augenblicklich schon die gesamten unbekannteren Gebiete.

Nach einem Vortrag des Generalsekretärs, Hauptmann a. D. Wolter Bruns, über „Praktische Wege für den Einsatz des Luftschiffes großen Typs zu ausgedehnter wissenschaftlicher Erforschung der Arktis und ihrer ständigen Ueberwachung“ wurde darauf die Eröffnungsfeier beendet.

Heinrich-Mann-Abende veranstalteten der Verband Deutscher Erzähler und die Volksbühne. Wie der Beifall und das verständnisvolle Lachen der Zuhörer bewiesen, waren die meisten genug mit der Eigenart dieses Dichters vertraut, um seine Absichten aus, zum Teil aus dem Zusammenhang gerissenen, Bruchstücken oder nicht gerade fesselnd vorgetragenen Erzählungen zu würdigen. Obwohl Heinrich Mann zu den wenigen deutschen Dichtern gehört, die nicht in romantischer Ferne außerhalb der Zeit stehen, haben seine Probleme vielfach gerade wegen des rasenden Wandels dieser letzten Zeit, vielfach etwas Verstaubtes und Veraltetes. Es geht uns mit ihm wie mit vielen Zeichnungen von George Grosz, deren Aktualität durch eine neue Aktualität bereits abgeklüht ist. In „Gretchen“, einer „Geschichte aus der Vergangenheit“, schilderte Mann mit vielen komischen Streiflichtern das unendlich dürftige und verzogene Alltagsleben eines Kleinstadtmädchens. Die darin gezeichneten Typen aus der wilhelminischen Ära, der frömmelnde Affessor, der strebsame Handwerker, der es nicht verwinden kann,

daß er es nicht einmal zum Unteroffizier gebracht, das züchtig verdorbene Hausdöchterchen, das der wahren Gnade zugeführt wird, sie wirken in ihrer Verschrobenheit zwar komisch, aber es sind Gespenster, Figuren, ohne das Blut und Sehnen unserer Zeit. Wenn Heinrich Mann die häusliche Umgebung dieses Mädchens damit charakterisiert, daß auf einer Konsole die Büsten des Kaiserpaars und der Trompeter von Säckingen stehen, so ist das wichtiger Simplicissimusstil, kann uns aber sonst nicht zu psychologischer Erkenntnis dienen.

Auch das Bruchstück aus dem Roman „Der Kopf“, worin der letzte Kaiser in seinen Jubringlichkeiten geschildert wird, verrät mehr den Anblick einer amüsierten Stütze als einer dichterisch vertieften Darstellung. Diese Vorlesungen verstärkten den Eindruck, daß Heinrich Mann zwar ein Autor von lebhafter Ausdrucksfähigkeit, von großer Breite des Blicks, von unerbitlicher Schärfe der Beobachtung ist, daß er aber aus seiner trotz allem bürgerlich begrenzten Welt noch nicht das Letzte an dichterischer Erkenntnis geschöpft hat, daß er ein Vorkämpfer ist, aber noch kein Erfüller, daß wir auf sein Werk, das Vergangene und Zukunft verbindet, noch warten müssen. Seine Satire, die aus dem Haß gegen die verunkeltete Vorkriegszeit geboren ist und die uns ein so wertvolles Dokument wie den „Untertan“ beschert hat, fand noch nicht den Weg zu jener umfassenden Liebe, aus der die großen Dichtungen entstammen, deren Erfüllung wir gerade von Heinrich Mann erwarten. P. G.

Aktionsausschuß gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Auf Einladung der Gemeinschaft kultureller Buchhändler traten Angehörige führender Verbände des Buchhandels, des Schrifttums und des graphischen Gewerbes zusammen und gründeten ein Aktionskomitee, zunächst gegen das Schmutz- und Schundgesetz. Es wurde beschloffen, ein Archiv zur Sammlung des gesammelten Materials anzulegen, das durch dieses Gesetz sowie durch die einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches und der Reichsgewerbeordnung betroffen wird, um es zum Schutze der geistigen und künstlerischen Freiheit zu verwenden.

Ein Institut für Geschichte der Technik. Der bekannnte Historiker der Technik, Franz R. Feldhaus, hat jetzt seine Sammlungen in seinem eigenen Institutgebäude in Berlin-Tempelhof untergebracht. Sie bestehen in der Hauptsache aus den in 25jähriger Arbeit mit größter Sorgfalt geführten Karteien über die Entwicklung alles dessen, was von der Steinzeit bis zur Gegenwart, vom Colthun bis zum Rundfunk geschaffen wurde. Jede Erfindung, jeder wesentliche Fortschritt, jedes erhalten gebliebene alte Stück, jede Abbildung, jede Erwähnung einer technischen Sache in der übrigen Literatur, insbesondere in Briefwechseln, Reisebeschreibungen, in Memoiren oder Vöhlblättern ist nach Möglichkeit in den Karteien verzeichnet. Die Zahl der photographischen Negativbe trägt mehr als 10 000. Die Zahl der gesammelten Kupferstiche und Kunstblätter etwa 20 000. Die Bibliothek des Institutes umfaßt etwa 8500 Bände.

Die Chodowiecki-Ausstellung des Märkischen Museums, die nach ihrer Eröffnung noch durch ein interessantes Delbild „In den Zellen“ bereichert wurde, ist bis 25. d. Mts. verlängert worden. Das Märkische Museum hat übrigens, bis jetzt als einziges von den Berliner Museen, die Öffnung in den Abendstunden eingeläßt.

Die Frage der Verhandlungsfreiheit.

Weder Exekutive noch Konferenz wollen entscheiden.

London, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Delegiertenversammlung der Bergarbeiter trat am Mittwoch nochmals zusammen, um Beschluß zu fassen, ob der Bergarbeitervertrag völlig freie Hand bei den künftigen Verhandlungen mit der Regierung gewährt werden soll. Vor Beginn der Delegiertenkonferenz hielt die Exekutive der Bergarbeiter eine dreistündige Sitzung ab und kam zu dem für ihre Taktik charakteristischen Beschluß, der Delegiertenversammlung auch diesmal Vorschläge betr. Annahme oder Ablehnung dieser Forderung nach völliger Verhandlungsfreiheit nicht zu machen. Die Delegiertenkonferenz selbst kam gleichfalls nicht zu einem Beschluß und vertagte sich auf Donnerstag vormittag. Man hält es für wahrscheinlich, daß die Delegiertenkonferenz ebenfalls ablehnen wird, einen Entschluß zu fassen und die Entscheidung über die zur Debatte stehende Frage den einzelnen Bezirksorganisationen überlassen wird.

Die Regierung, die glaubt, daß sie ebenso wie der Generalföderation der Gewerkschaften von den Bergarbeitern anlässlich der jüngsten Verhandlungen irreführt worden sei, hat der Bergarbeitergesetzgebung mitgeteilt, daß sie die Wiederaufnahme irgendwelcher Verhandlungen von einer schriftlichen Garantie der Bergarbeiter abhängig mache. Diese Garantie soll festlegen, daß die Bergarbeiter-Exekutive in sämtlichen zur Verhandlung stehenden Fragen, einschließlich der Arbeitszeit, völlig freie Hand habe.

Ausdehnung des Garibaldi-Skandals.

Eine Pariser Zeitung im Solde Mussolinis.

Frankfurt a. M., 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Paris gemeldet: Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, ist die französische Polizei auf eine Spur gestoßen, welche den Fall Garibaldi auf ein völlig anderes Geleise bringt und zu seinem Mittelpunkt einen Teil der französischen Presse macht. Das Innenministerium wird sich nicht mehr lange in der Lage befinden, dem Publikum zu verheimlichen, daß Beweise für eine Pressebestechung vorliegen. Die Durchforschung der beschlagnahmten Papiere hat ergeben, daß zum mindesten ein französisches Blatt von der italienischen Regierung Geld erhalten hat, um eine bestimmte Politik zu vertreten. Es sind Schemata gefunden worden, welche der Polizei erlauben, zu ihren Feststellungen neue unwiderrlegbare Beweise hinzuzufügen. Der Generalsekretär Chiappe vom Innenministerium, der die Untersuchung leitet, hat heute vormittag in dieser Angelegenheit den Direktor der Kriminalabteilung des Justizministeriums empfangen, worauf beide sich zum Justizminister Barthou begeben haben.

Verräters Lohn.

Rom, 10. November. (E.P.) Der Uebertritt des Abg. di Gaspari, Sekretärs der katholischen Volkspartei und des Zentralkomitees der Oppositionsparteien zum Faschismus, findet im Faschistenlager keine günstige Aufnahme. Di Gaspari ist sein Mandat trotz seines Gesinnungswechsels entzogen worden. Der faschistische Abg. Starace sandte ihm folgendes Telegramm: „Ihre Befehle waren so glaubwürdig, daß ich mir vornehme, Ihnen bei der ersten Gelegenheit eine Tracht Raufschellen zu verabsolgen!“

„Legale“ Aktion: Nachahmung Moskauer.

Rom, 10. November. (E.P.) In Vollzug des neuen Sicherheitsgesetzes sind in der vergangenen Nacht alle Sitze der antisozialistischen Parteien und Vereinigungen besetzt und geschlossen worden. Die besetzten Lokale sollen demnächst zu Wohnzwecken freigegeben werden.

Schweizer Eisenbahner verhaftet.

Paris, 10. November. (W.B.) „Matin“ berichtet aus Genf: Die italienische Polizei hat vier Schweizer Eisenbahner, die einen freien Tag in Como verbrachten, festgenommen. Zwei von ihnen sind wieder freigelassen, die beiden anderen jedoch noch in Haft gehalten worden, weil sie ihre Militärdienstpflichten bei sich trugen, was in Italien verboten ist. Der Schweizer Bundesrat hat den Gesandten in Rom beauftragt, wegen dieser Angelegenheit vorstellig zu werden.

Die Knechtung Südtirols.

Innsbruck, 10. November. (W.B.) Im Zusammenhang mit dem Vorgehen der Faschisten gegen die Landwirtschaftliche Zentralkasse in Bozen ist der Direktor des Instituts, v. Blavenn, unter Nichtanerkennung seiner italienischen Staatsangehörigkeit aus Italien ausgewiesen worden, obgleich er Zeit seines Lebens in Italien gelebt hat.

Innsbruck, 10. November. (E.L.) Im Vandtag wurde heute von allen Parteien ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, der sich gegen die Behandlung der Deutschen in Südtirol wendet. Die Landesregierung wird aufgefordert, sofort bei der österreichischen Bundesregierung vorstellig zu werden, damit diese bei der italienischen Regierung Schritte unternimmt, um das schwere Los der Deutschen Südtirols zu erleichtern. Die Bundesregierung wird ersucht, nichts unversucht zu lassen, um die Mitglieder des Völkerbundes auf die in Südtirol herrschenden Zustände aufmerksam zu machen.

Russenspionage in Prag.

Tschechische Kommunisten mitverhaftet.

Prag, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag verhaftete die Staatspolizei einen Kriegsinvaliden, der als Steinbrucker in einer Anstalt der Armee beschäftigt war. Die Hausdurchsuchung ergab, daß er Kopien militärischer Schriftstücke an die russische Handelsvertretung verkauft hat. Diese neue Spionageaffäre ist aber nicht, wie man anfangs vermutete, ein reines Geschäft des Hühnerhähners, sondern hat politische Hintergründe. Weitere Verhaftungen wurden vorgenommen. Unter den verdächtigen Personen befinden sich auch die Gattin eines Redakteurs des Prager kommunistischen Zentralorgans sowie ein russischer Student. Mehrere Blätter benutzen die Affäre zu Angriffen auf die kommunistische Partei.

Schöne Worte. Im Haushaltsausschuß des Prager Abgeordnetenhauses kündigte Unterrichtsminister Hozba nationale Schulautonomie an und erklärte jeden Zwang, der auf Eltern ausgeübt werde, ihre Kinder in andersnationale Schulen zu schicken, für strafbar. Mehrheit und Minderheit dürften sich die Kinder nicht abspenstig machen. Wo es notwendig sei, würden Minderheitsschulen gebaut werden.

Die Bürgermeistervahlen in Großbritannien. Von den neugewählten Lordmayors und Mayors sind 169 Konservativ, 96 Liberale, 18 Arbeiterparteiliche, 24 Unabhängige, 2 Sozialdemokraten, 29 gehören kleineren Gruppen an oder sind parteilos.

Reichstag gegen Deutschnationalen.

Der Nachtragsetat. — Das Mißtrauensvotum abgelehnt.

Der Reichstag lehnte gestern zunächst die beiden von den Kommunisten und den Völkischen eingebrachten Mißtrauensanträge gegen die Regierung gegen die Stimmen der Antragsteller ab. Welchen geringen Wert diese beiden Parteien ihrer eigenen Aktion beilegen, ergibt sich daraus, daß die zur Unterstützung ihres Antrags auf namentliche Abstimmung notwendigen 50 Mann nicht zur Stelle waren, trotzdem die Kommunisten und Völkische zusammen 58 Abgeordnete zählten.

Ein kommunistischer Antrag, die heutigen Vorgänge im Sozialpolitischen Ausschuß sofort zu verhandeln, wird abgelehnt, weil die Vorlage über die Krisenfürsorge für die Ausgesteuerten dem Reichstag noch gar nicht zugegangen ist und auch der Ausschuß seinen Bericht noch nicht erstattet hat.

Das Haus setzt dann die Beratung der ersten Befugnis des zweiten Nachtragsetats fort. Das Wort nimmt dann

Reichwehrminister Dr. Seidler,

der sich gegen die deutschnationalen Vorwürfe wegen der Entlassung des Generals Seckel wendet. Die Einstellung des Hohenzollernprinzen in die Reichswehr habe gegen die Erklärungen verstößen, die er an den Reichstag abgegeben habe. Dieser Prinz, der doch als Kronprinzentum angesehen werde, sei in verfassungswidriger und ungesetzlicher Weise in die Reichswehr eingegliedert worden und General Seckel sei dafür verantwortlich gewesen. Eine solche Handlung erschwere die Politik, die eine Befreiung der Militärkontrolle erstrebe. Die Entlassung Seckels war kein Ausfluß der Starsinnigkeit, sondern ein Akt der Staatsraison. Beim Ausscheiden des Generals Seckel sei anerkannt worden, daß er in der schwersten Zeit an der Festigung des Staatsmitgearbeitete habe und es sei dem Minister schwer gefallen, sich von ihm zu trennen. Aber in der Frage der Staatsraison dürfe er nicht nachgeben. Der Uebergang habe sich ohne Schwierigkeiten vollzogen und das sei ein Beweis dafür, wie selbstgezügelt die Reichswehr dasche. Der neue Chef der Heeresleitung, General v. Hege, werde sich hüten müssen vor solchen Freunden, und dazu gehöre Herr Lindner. (Heiterkeit.) Der Minister spricht zum Schluß die Ueberzeugung aus, daß General v. Hege sich als Persönlichkeit durchsetzen werde, damit das Ziel, das gesteckt worden sei, auch erreicht werde. (Beifall in der Mitte.)

Abg. Erling (Z.) gibt zu, daß der Unwille der breiten Massen des Volkes über die ihnen auferlegte gewaltige Steuerlast berechtigt sei. Dieser Unwille dürfe aber nicht dazu benutzt werden, um die Bevölkerung gegen den heutigen Staat aufzuheizen. Unsere politische Lage sei immer noch außerordentlich schwierig. Alle Parteien mühten den Versuch zu machen, eine Ruhepolitik zu treiben, durch die die Lasten, die auf uns ruhen, verringert und beseitigt werden. Die deutsche Wirtschaft sei zweifellos mit der Weltwirtschaft eng verbunden.

Die Regierung mühte aber verhindern, daß von Kartellen und Syndikaten eine ungerechtfertigte Preispolitik getrieben werde.

Zu dem sozialdemokratischen Antrag auf dauernde Verweisung des früheren Kaisers erklärt der Redner: Wir haben dem Kaiser keine Steine nachgeworfen, als er ins Ausland ging. Wir haben ritterlicher gehandelt als er. Er sitzt bei uns auf sein Verständnis, wenn er in seinem Tagebuch dem Zentrum vorwirft, es fehle ihm ein konsequentes Programm für nationale Politik. Diese verlegenden Äußerungen zeigen, wie wenig Empfinden er für die wahrhaft staatspolitische Gesinnung weiter Kreise des Volkes hat. Leider sei der Hohenzollernvergleich in Preußen schlechter als das Reichstagsabkommen. Das Fürstentum müsse aufgehoben werden, damit in den anderen Ländern inzwischen eine Bereinigung erfolgen kann. Unberechtigte Forderungen der Fürstentümer mühten entschieden abgelehnt werden. Landsberg hat erschreckende Bilder gezeichnet. Die notwendige Klarheit ist aber nicht gebracht worden. Die Jugend muß zum Dienst am Staat und Volk erzogen werden. Der Redner bedauert die unklaren Mehrheitsverhältnisse im Reichstage. Die Weimarer Verfassung müsse ausgebaut werden. Durch eine Wahlreform müsse der Wähler in engere Fühlung zum Abgeordneten gebracht werden.

Die Deutschnationalen streben nach Ministerstellen. Wenn Sie die Erwerbslosen aber parteipolitisch behandeln, so sei das ein Hohn auf die Not des Volkes.

Das gilt auch den Sozialdemokraten. Das Zentrum will den Volksstaat im Herzen des Volkes errichten. Es lehnt den einseitigen Parteistandpunkt ab. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Cremer (D. Sp.) lehnt die sozialdemokratischen und kommunistischen Anträge zur Fürstentage ab und erklärt: Wir wollen die ehemaligen Fürsten nicht besser, aber auch nicht schlechter stellen als jeden anderen Staatsbürger. Gegenüber der Behauptung der Deutschnationalen, dem General Seckel sei Unrecht geschehen, weist der Redner darauf hin, er selbst habe anerkannt, daß die politische Folge des bedauerlichen Zwischenfalls nicht anders aussehen konnte. Es habe sich dabei doch auch um einen Willensakt des Reichspräsidenten gehandelt. Die jetzt in Landsberg erörterten Zustände seien nicht mehr aktuell. Die Reichswehr sei jetzt konsolidiert und es sei gewiß nur ein Zufall, wenn bestimmte Offizierkorps sich hauptsächlich aus Adligen zusammensetzen. Auf allen Gebieten könne man eine gewisse Konsolidation beobachten, die sicher auch auf die Erfolge einer weitestgehenden Ruhepolitik zurückzuführen sei. Wenn große Parteien die Beteiligung an den Regierungsgeschäften erstreben, so mühten sie zuvor die Hemmnisse überwinden, die bei ihnen selbst Politik europäischer Zusammenarbeit und innerpolitischer Konsolidation entgegenwirken. Die Reform der Weimarer Verfassung und des bestehenden Wahlrechts sei zurzeit nicht dringlich. Der Redner beschäftigt sich dann mit dem eigentlichen Nachtragsetat, dem er zustimmt. Der Redner wendet sich gegen den geplanten Ankauf des Hotels „Kaiserhof“ und gegen die Art, in der die Umgestaltung der Verwaltung im Reichsfinanzministerium vorgenommen worden ist. Bei aller Anerkennung der günstigen Ergebnisse der Finanzverwaltung müsse doch vorsichtig abgewartet werden, ob sich die deutsche Wirtschaft nach Beendigung des englischen Kohlenstreiks weiter so günstig entwickeln werde, wie in der letzten Zeit. Die direkten Steuern mühten in erträglichen Grenzen gehalten werden, man dürfe die Ermäßigung nicht auf die indirekten Steuern beschränken. Die Länder und Gemeinden mühten dem Beispiel des Reiches in der Steuerermäßigung folgen, besonders bei den jetzt überspannten Realsteuern.

Die beste Lösung wäre freilich, wenn die Sonderverwaltung der Länder einmal aufhörte und an deren Stelle der Einheitsstaat trete.

Mit einem Hinweis auf die Abstimmungen der letzten Tage erklärt der Redner schließlich: Wenn die Parteien rechts und links von uns glauben, zusammen eine Regierung bilden zu können, dann räumen wir ihnen gern die Ministerstellen. Wenn sie das aber nicht können, dann sollen sie nicht versuchen, uns mit Gewaltmaßnahmen an der Arbeit zu hindern oder uns gar in widerrechtliche Koalitionen hineinzuzwingen. (Beifall bei der D. Sp.)

Abg. Dr. Haas (Dem.) wünscht, daß die Anforderung neuer Beamtenstellen dem ordentlichen Haushalt vorbehalten bleibe. Die Entlassung des Generalsobersten v. Seckel war eine Notwendigkeit. Die Reichswehr sollte nicht ein Fremdkörper in der Republik sein, sondern sie müsse der Republik dienen. Die Unabhängigkeit der Reichsjustiz, die doch gegen die Konservativen durchgesetzt worden sei, dürfe nicht zur Ungerechtigkeit

ausarten. Die kommunistischen Fürstentage lehnt der Redner ab, der von der Sozialdemokratie eingebrachte Gegenentwurf müsse im Rechtsausschuß sorgfältig geprüft werden. Mit der Fridericus-Marke sei neue Erregung in die Bevölkerung getragen worden. Einer der erfolgreichsten Kämpfer gegen die Zentralgewalt des Reichs und gegen die deutsche Einheit war dieser Hohenzollernkönig. Der Redner erklärte schließlich, daß wir nicht so weit gekommen wären, wenn sich nicht Sozialdemokraten zur Verfügung gestellt hätten. Während des Krieges habe man keinen Unterschied zwischen Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrumsleuten gemacht, man solle doch jetzt endlich damit aufhören, diesen Volksschichten die Vaterlandsliebe abzusprechen. (Beifall.)

Abg. Dr. Leidt (Bayer. Sp.) hält die Finanzlage nicht für so günstig, daß man darüber Parzelschüsse schlagen könne. Beim Finanzausgleich werde es sich zeigen, daß sehr große Schwierigkeiten zu überwinden seien. Den Deutschnationalen riet der Redner, den anderen nicht zu sehr auf die Hacken zu treten, denn dadurch würden ihre Bestrebungen, an die Regierung zu gelangen, nicht gerade gefördert werden.

Abg. Lötze (Soz.),

der unter allgemeiner Aufmerksamkeit, nicht als Präsident, sondern als Abgeordneter, das Wort nimmt, erklärt, daß er dazu durch einen völkischen Antrag, der sich zum Zweck der Aufhebung des Rebeverbots gegen Adolf Hitler auf eine Breslauer Rede Lötzes berufen hat, und durch die Erwähnung seines Namens in der Rede des deutschnationalen Abg. Lindner veranlaßt worden sei. Er (Lötze) habe in seiner Breslauer Rede die Auffassung vertreten, daß man einem Deutschen aus Oesterreich, der vier Jahre lang im Weltkrieg sein Leben riskiert habe, den Zutritt zum deutschen Staatsverband nicht verweigern könne. Alle Parteien dieses Hauses seien damit einverstanden gewesen, daß man den Kriegseingegangenen, die sowohl von französischen wie von deutschen Kriegengerichten abgeurteilt worden sind, den Zutritt zu Deutschland nicht verweigern könne. Aus der gleichen Anschauung heraus habe sich der Redner auch für den kommunistischen Abg. Hölllein eingesetzt, als er infolge der Ausübung seiner politischen Anschauungen in französische Gefangenschaft genommen worden sei, und der deutsche Gesandte in Paris habe sich ja damals um die Freilassung Höllleins bemüht. Ich habe mich, so sehr Lötze für, auch gegen das Rebeverbot für Hitler verwandt. Fordert er zu Gewalttätigkeiten auf, so muß man so gegen ihn vorgehen, wie man es gegen mich getan hat, obschon ich nicht zu Gewalttätigkeiten aufgefordert habe. Herr Lindner hat in bezug auf meinen Vorschlag zur Abänderung der

Anwerbung für die Reichswehr

gefragt, wo ich denn meine militärischen Kenntnisse hernehme. Meine Kenntnisse habe ich dem österreichischen Bundesheer entnommen, das ja auch ein deutsches Heer ist und seine nationale Zuverlässigkeit wiederholt bewiesen hat. Aber auch militärische Sachverständige haben sich für meinen Vorschlag ausgesprochen. Technisch ist er sehr wohl durchführbar, wie wiederum das Beispiel Deutschösterreichs beweist. Der deutschnationalen Redner glaubt, daß bei Verwirklichung meines Vorschlages eine Politisierung des Heeres eintreten könnte. Meine Anregungen sollen gerade dazu dienen, die einseitige politische Auswahl des Heereseserlages in einem der gegenwärtigen Staatsform feindlichen Sinne zu verhindern, wie sie jetzt erfolgt. Ich kenne Berichte, nach denen wie in Hanau und Fulda aktive Reichswehr-offiziere Bureaus unterhalten, die aus rechtsradikalen Kreisen Ersatz für die Reichswehr besorgen. (Beifall.)

Bisher ist die Reichswehr im monarchistischen Sinne politisiert worden. Die Teilnehmer an dem letzten Manöver der Reichswehr konnten sich davon überzeugen, denn dort wurde von den Reichswehrgenossen das Ehrhardt-Lied gesungen.

Wenn gesagt wird, es werde nicht gelingen, die Reichswehr auf den Boden der Republik zu bringen, so sage ich: Wir werden nicht ruhen, bis das Heer, das die Republik erhält, auch der Republik ergeben ist. (Es folgt dann der an anderer Stelle ausführlich geschilderte Zwischenfall mit dem Deutschnationalen Bohmann.) Lötze tritt dann mit besonderer Wärme für die Berücksichtigung der Interessen Niederschlesiens, die in den nächsten Tagen bei der Vorlage des Stetats behandelt werden sollen, ein. Der Redner erklärt zum Schluß, er habe mit seinem Beispiel die Uebung einführen wollen, daß neben den von der Fraktion bestimmten Rednern auch Redner aus den Fraktionen ihre persönlichen und lokalen Wünsche vortragen. (Beifall.)

Ein kommunistischer Antrag, die Vorgänge in der heutigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses auf die nächste Tagesordnung zu setzen, wird abgelehnt.

Abg. Müller-Franken (Soz.) erklärt dazu, es sei selbstverständlich, daß die Vorlage über die besondere Fürsorge für die Ausgesteuerten so schnell wie möglich erledigt werde. Aber man diene dem Erwerbslosen weit besser, wenn man den sozialpolitischen Ausschuß wieder stift mache, als wenn man sich über einen negativen Bericht unterhalte.

Gegen 7 Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag nachmittags 2 Uhr.

Revidiertes Urteil.

Sechs Monate Gefängnis für einen völkischen Berleunder.

Hamburg, 10. November. (Eigener Drahtbericht.) In dem Beleidigungsprozeß des Kardinals v. Faulhaber gegen den Schriftleiter und Schriftsteller Rainer Huppertz fand am Mittwoch vor einer Hamburger Strafkammer die Berurteilung statt. Huppertz, der den Kardinal Faulhaber in seiner Wochenschrift „Waterland“ den „größten und verschlagensten Jesuiten“ genannt hatte, der die Entwicklung, die zum Novemberputsch 1923 geführt habe, gefördert habe und dann umgefallen sei und damit letzten Endes für das Blutbad vor der Feldherrnhalle in München am 9. November 1923 verantwortlich sei, war in erster Instanz mit einer ungläubigen Urteilsbegründung, die man mit Recht in den katholischen Kreisen als ungeheuerlich empfand, freigesprochen worden. Er hatte im ersten Termin vor der Berufungsinstanz, Ende 1923, den Wahrheitsbeweis angeboten und als Zeugen u. a. Rudendorff, Hitler, Eicherich, Straffer, Ehrhardt, den Grafen Bothmer, Auer-München, v. Gerlach-Berlin angegeben. Ihre Aussagen sollten die Richtigkeit der Angaben des Huppertz beweisen. Die Zeugen sind sämtlich kommunistisch vernommen worden. Ihre Aussagen gaben aber keinerlei Anhaltspunkte für die Behauptungen des Angeklagten. Nach dem Plädoyer des Staatsanwalts, der fünf Monate Gefängnis für Huppertz beantragte, und längeren Verteidigerreden kam das Gericht zu folgendem Urteil: Der Angeklagte wird wegen öffentlicher Beleidigung zu 6 Monaten Gefängnis und Veröffentlichung des Urteils in den „Hamburger Nachrichten“, „Hamburger Fremdenblatt“, „Hamburger Echo“, „Bayerischer Courier“ und „Münchener Reichsanzeiger“ verurteilt. Nicht ein Schatten des Beweises sei für die ganz leichtfertig aufgestellten Behauptungen erbracht worden. Deshalb muß auf eine ganz empfindliche Strafe erkannt werden.

Her mit dem Achtstunden-Notgesetz!

Arbeit für alle!

Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, soweit er bekannt, ist ein juristisches Meisterwerk, so ausgeklübelt und ausgeklügelt, daß sich kein Arbeiter darin zurechtfinden kann. Viele Paragraphen sind wahre Drakelstücke, so daß die Unternehmer unwillkürlich auf den Gedanken kommen müssen: alles ist erlaubt. Im einzelnen ist der Entwurf eine Zusammenfassung der verschiedenen bisher zerstreuten Arbeitsschutzbestimmungen. Bei der Zusammenfassung sind aber ganze Reihen überholter Bestimmungen der Gewerbeordnung bestehen geblieben. Dazu kommen dann erhebliche Verschlechterungen. Der Achtstundentag wird im Grunde genommen nur theoretisch gewährt, praktisch ist er durch eine Fülle von Ausnahmen aufgehoben.

Besonders schlimm ist, daß ganze Arbeiterkategorien nicht in den Entwurf einbezogen sind. Das gilt z. B. von den Bergarbeitern, von den Gemeinde- und Staatsarbeitern, von den Arbeitern der Krankenpflege. Ebenso hat man die Familienbetriebe mit drei oder weniger Arbeitnehmern, die in der Familie in Kost und Logis sind, herausgelassen. Kurz, weite Arbeiterschichten würden nach dem vorliegenden Entwurf entrechtet werden.

Was soll ferner der Begriff der „Wochenarbeitszeit“? Er muß verschwinden, ebenso wie alle Versuche der Zusammen-

drängung unverminderter Arbeitszeit auf 5 Tage oder die Möglichkeiten, noch über den Zehnstundentag hinauszugehen. Das sind alles unmögliche Dinge. Unmöglich ist ferner die Nacharbeit für ausgefallene Arbeitstage, wie z. B. für nicht allgemein gesetzlich festgelegte Feiertage oder gar die Nacharbeit infolge Streiks!

Sozial Bestimmungen, sozial Streitobjekt! Was wir aber jetzt sofort brauchen, sind nicht Diskussionen über die allgemeine Arbeitszeitregelung, die nicht im Handumdrehen möglich ist, sondern das ist rasche Hilfe. Der Blick der Arbeiterschaft und der gesamten Öffentlichkeit muß jetzt unbedingt auf das Notgesetz zur Sicherung des Achtstundentages und zur Beseitigung des Ueberstundenwesens gerichtet werden. Das Notgesetz ist die Forderung der Stunde.

Rationierung der Arbeit! Das ist die Lösung im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, da mit der Verbesserung der Unterstützung und der Arbeitsbeschaffung allein das Problem nicht gelöst werden kann. Rationierung der Arbeit ist die Ergänzung zur Rationalisierung der Arbeit! Hat man sich in der Krisennot dazu bequemen müssen, das Brot zu rationieren, dann wird sich Deutschland, und wenn es noch so weh tut, auch dazu verstehen müssen, allen Arbeit zu geben. Das Recht auf Arbeit gilt für alle.

Funktionär mitwirkte. Im Jahre 1900 wurde er von der Leitung der Gasbetriebsgesellschaft gemahregelt. Beim Zusammenschluß der Berliner Filialen des Verbandes im Jahre 1908 zu einer einheitlichen Ortsverwaltung wurde Polenste mit in den Vorstand gewählt. Auf den Verbandstagen finden wir ihn wiederholt als Delegierten. Am 1. Mai 1905 trat er als Hilfsarbeiter in das Verbandsbureau ein, wurde im Januar 1919 als stellvertretender Bevollmächtigter und bald darauf zum 1. Bevollmächtigten gewählt. In den Wirren der Nachkriegszeit, beim Rapp-Putsch, wie auch in der Inflationszeit, als an die Organisation die höchsten Anforderungen gestellt wurden, hatte Polenste in überreicher Maße Gelegenheit, seinen Befähigungsnachweis zu erbringen. Er hat ihn voll und ganz erbracht, wenn auch zeitweilig nur auf Kosten seiner Gesundheit. Zu seinem ferneren Wirken begleiten ihn unsere besten Wünsche samt denen seiner Kollegenschaft.

Quartalversammlung der Textilarbeiter

In der Quartalsversammlung der Berliner Ortsverwaltung des Deutschen Textilarbeiterverbandes vom 4. November wurde von Schein der Kassendirektor gegeben, der die erfreuliche Zahl von 189 Neuaufnahmen zu verzeichnen hatte. Diese Zahl wird voraussichtlich im kommenden Quartal noch überschritten werden, denn die Textilarbeiter Berlins wachen auf.

Der Bevollmächtigte, Genosse Gruhl, gab bekannt, daß dieser Kassendirektor des Genossen Schein dessen lehrer als Verbandsangehöriger ist, weil er nach 18jähriger Tätigkeit als Verbandsangehöriger von der Organisation in den Ruhestand versetzt worden ist. Seine Tätigkeit im Verbandsdienst war lobenswert und zur Nachahmung zu empfehlen. Im Namen der Ortsverwaltung dankte ihm Gruhl für seine gewissenhafte Kassensführung.

Darauf gaben drei weibliche Delegierte den Bericht von der Geraer Arbeiterinnenkonferenz, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Die eine Delegierte erklärte in ihrem Bericht, daß sie immer der Meinung gewesen ist, es gehe mit der Arbeiterinnenbewegung im Verband nicht vorwärts. Durch Gera sei sie eines Besseren belehrt worden. Sie war begeistert davon, daß einfache Arbeiterinnen, die noch im Betrieb tätig sind oder kurze Zeit vorher tätig waren, Vorträge hielten und Probleme entwickelten, an denen zum Teil der Geist der Männer nicht heranreichte. Es beginnt eine neue Zeit; Befreiung der Frau von der Vorherrschaft des Mannes, getrieben von der erwachenden Intelligenz der Frau.

Nachdem noch die beiden anderen Delegierten, Rische und Krummshmidt den Bericht ergänzt hatten, sprachen zwei Anhänger der sogenannten „Opposition“ ein zusammenhängendes Zeugnis ab.

Weil weitere Diskussionsredner nicht gemeldet waren, nahm der Verbandsvorsitzende, Genosse Jäckel, das Schlußwort und gab seiner Freude Ausdruck, daß diese Versammlung einen ruhigen und feierlichen Verlauf genommen hat, und schloß mit dem Wunsch, daß dieses in Zukunft immer der Fall sein möge. (Anmerkung der Redaktion: Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen phantastischen und lächerlichen Bericht, nach dem Jäckel, Gruhl und die gesamte Leitung vor der „Opposition“ ausgerufen seien, worauf die Mitglieder ihre Mitgliedsbücher zerrissen. In der „Roten Fahne“ scheint man selbst auf den dicksten Schwindeln hereinzufallen.)

Die Sperre über den Betrieb Feddenhauer, Reichenberger Str. 84, ist aufgehoben. Die Firma zahlt die ausgesprochene Maßregelung zurück. Die Arbeit ist heute früh bereits wieder aufgenommen worden.

Im Lohnkampf der hiesiger Textilarbeiter haben vor dem Schlichter Verhandlungen stattgefunden, die jedoch bisher zu keinem Erfolg führten. Der Schlichtungsausschuß hat nun eine neue Sitzung einberufen. Trotz der Schwierigkeiten rechnet man damit, daß eine Aussperrung der 1200 Textilarbeiter vermieden wird.

Der Kampf um den Achtstundentag.

Parade spricht heute abend 7 Uhr im Gewerkschaftshaus Genosse Spillich in einer von den Ortsvereinen des A.G.B. und des W.B. Bundes eibeholenden Funktionärskonferenz. Zutritt nur bei Vorlegung eines besondern Einlasses.

AGB-Textilarbeiter! Donnerstag abend 7 Uhr Freilichtversammlung in den Rottentoren, Kaiser-Wilhelm-Str. 21. Die Tagesordnung ist sehr wichtig und erfordern wir ein volles Interesse aller Genossen.
Der Freilichtabend
AGB-Textilarbeiter des 17. A.G.B.-Bezirks. Donnerstag 14 Uhr bei Regenweg, Götterstr. 7, wichtige Besprechung. Mitgliedsbuch der Partei legitimiert.
Der Freilichtabend

Jugendgruppe des A.G.B. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, Bezirk Charlottenburg: Jugendheim Wilmersd. 4. „Der 9. November“ - Gedenkstunde.
Leipzigstr. Wagnen, Freitag, 7 Uhr, Mittelbergsversammlung im Saal 1 des Gewerkschaftshauses. Vortrag und Standesangelegenheiten. Eintritt frei.

Preis-Gewerkschaftsjugend. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr, legen die Gruppen: Ostkreis: Heute legt der Kurier des Ostkreises im Jugendheim des Ostens, Große Kottbuscher Str. 18, 2. Et., Zimmer 2. 7 1/2 Uhr feierlich sein! - Rappstadt: Gruppenheim Jugendheim - Grünauer Str. 2. Besprechungsabend: „Eine Stunde Freiheit und Heiligkeit“ - Köpenicker Gruppenheim Jugendheim Vorhaus 10. Besprechungsabend: „Was haben wir bei unserer Arbeitseinstellung zu beachten?“ - Tempelhofer: Gruppenheim Eukum Germaniastr. 4-6. Besprechungsabend: „Was ist die Aufgabe der Gewerkschaften?“ - Spandauer: Gruppenheim Jugendheim Lindenstr. 1. Besprechungsabend im Jugendheim. - Moabit: Gruppenheim Städt. Jugendheim Berner, Ecke Weststraße, Berlin: „Die Arbeitsschule“ - Schöneberger: Gruppenheim Jugendheim Lindenstr. 2. Rosenbergsäle. - Ostkreis: Gewerkschaftlicher Besprechungsabend im Ludwigs-Gewerkschaftshaus, Ober-Schöneweide, Wilhelmminnenstr. 24. Programm: Kull, Gellert, Resitationen, Volkstänze, Tanz-Schauspiel. - Spandauer: Jugendheim Lindenstr. 1 (erster Saal), öffentliche Besprechungsabend. Thema: „Berufswahl - Jugend - Gewerkschaften“.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Grotz; Wirtschaft: Helmut Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Grotz; Kultur: Karl Grotz; A. G. Arbeiter; Lokales und Sonstiges: Fritz Grotz; Anzeigen: H. Grotz; Familien in Berlin. Berlin: Vorwärts, Verlag O. v. L. D. Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag, Berlin. Verlagsanstalt Paul Sinner u. Co. Berlin SW 68, Lindenstr. 2. Hierzu 2 Beilagen: „Unterhaltung und Wissen“ und „Arbeitsblätter“.

Einigung in der A.G.B.-Turbine.

Das letzte Angebot der Direktion angenommen.

Am Dienstag und Mittwoch fand eine Urabstimmung der Belegschaft der A.G.B.-Turbine statt über das Angebot der Direktion, statt der 10prozentigen Kürzung der Akkordpreise nur eine 3prozentige einzutreten zu lassen. Das Angebot wurde mit großer Mehrheit angenommen. Damit ist der vorher gefasste Streikbeschluss hinfällig.

Es wäre den gut organisierten Arbeitern der A.G.B.-Turbine möglich gewesen, jeden Lohnabbau abzuwehren, wenn nicht die „Rote Fahne“ mit ihrer blödsinnigen Holzspanimentalität dazwischen gekommen wäre, ohne daß sie jemand darum gebeten hätte. Sie konstruierte aus dem Konflikt in der A.G.B.-Turbine eine Prestige-Frage für den gesamten B.M.A. und forderte die Berliner Metallarbeiter auf, „den Kampf gegen den B.M.A. auf der ganzen Linie aufzunehmen“. Um diesem Kampf aber von vornherein das Rückgrat zu brechen und dem B.M.A. Mut zu machen, schrieb das Bolschewistenblatt: „Finanziell können es die Berliner Metallarbeiter mit dem B.M.A. nicht aufnehmen“. Die Berliner Metallarbeiter, insbesondere die Arbeiter der A.G.B.-Turbine, werden gut tun, diese merkwürdige Beraterin der Arbeiter einmal etwas unter die Lupe zu nehmen.

Abschließend können wir nur sagen, daß wir die bestimmte Hoffnung haben, daß diese Scharte bald wieder ausgeweht wird. Gewiß ist der Lohnabbau nur gering. Es darf aber keine Rede mehr sein von irgendwelchem Lohnabbau. Wollen wir aus der Dauerkrise herauskommen, dann müssen die Löhne hinauf, und zwar ganz kräftig!

Sinngemäße Berichterstattung.

Nach kommunistischer Auffassung.

Unsere Feststellung der beispiellosen Fälschung, die der kommunistische Branchenleiter Lorge in der „Roten Fahne“ beging, hat selbst das Blatt, dem es wirklich auf eine Handvoll nicht antkommt, aus dem Gleichgewicht gebracht. Es hat nicht den Mut, seinen Lesern den Text der tatsächlich angenommenen Entschließung mitzuteilen, weil diese Entschließung sich mindestens im gleichen Maße gegen die kommunistische Stadtverordnetenfraktion wie gegen die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion wendet, erheblich weniger scharf gefaßt ist und im übrigen nur den ungenannten „Schuldigen“ die „tiefste Verachtung“ ausspricht.

Die „Rote Fahne“ versucht, den unhaltbaren Lorge durch einfüllige und lächerliche Lügen herauszuholen. Sie behauptet, daß ihr Berichterstatter „sinngemäß“ berichtet habe. Dazu sei festgestellt, was jeder Funktionär der Gas- und Wasserwerke ohnehin weiß, daß zu deren Funktionärversammlung keine Berichterstatter zugelassen werden und daß auch kein Berichterstatter der „Roten Fahne“ anwesend war. Wir nehmen übrigens nicht an, daß die „Rote Fahne“ einen Berichterstatter beschäftigen wird, der noch nicht einmal die einfachsten Regeln der deutschen Sprache kennt.

Die „Rote Fahne“ gesteht in ihrer Art zwar nicht die Fälschung, aber die Tatsache ein, daß Lorge diese Fälschung beging, die geeignet ist, die Interessen der Gas- und Wasserarbeiter aufs schwerste zu gefährden. Sie schreibt nämlich: „Der Genosse Lorge hat mit dem Bericht an die „Rote Fahne“ ebenso wenig etwas zu tun, wie die Redakteure des „Vorwärts“ mit der wahren Vertretung von Arbeiterinteressen.“ Da kein vernünftiger Mensch ernsthaft bestreiten wird, daß der „Vorwärts“ die Interessen der Arbeiter vertritt, ist damit dieser Lorge auch von der „Roten Fahne“ preisgegeben.

Tarfmäßige Wochenlöhne in Deutschland

Anfang Oktober 1925 u. 1926

	1925	1926
Bergbau	46.28	50.00
Metallindustrie	45.30	46.08
Chem. Industrie	39.55	40.50
Baugewerbe	46.08	45.98
Holzgewerbe	32.84	32.64
Papier- u. Ind.	29.45	29.95
Textilind. männl.	39.36	40.75
Brauindustrie	36.24	37.15
Süß-Back- u. Feinb.	43.09	44.28
Buchdruckgewerbe		
Kartonnagen- u. Ind. m.		
Reichsbahn		

Da das Blatt aber behauptet, der Lorge habe „sinngemäß“ berichtet, stellen wir nochmals den Text der Entschließung, wie sie angenommen wurde, neben die Fälschung, die die „Rote Fahne“ veröffentlichte.

Der Wortlaut der Entschließung.

Wie sie die Funktionäre annehmen: wie sie die „Rote Fahne“ veröffentlichte:
Die heutige Verlammlung verurteilt das Vorgehen der Linksparteien im Rathaus, die es nicht fertiggebracht haben, den Magistrat entsprechend den Mehrheitsverhältnissen der Stadtverordneten, zusammenzusetzen. Die Verlammlen sprechen den Schuldigen die tiefste Verachtung aus.

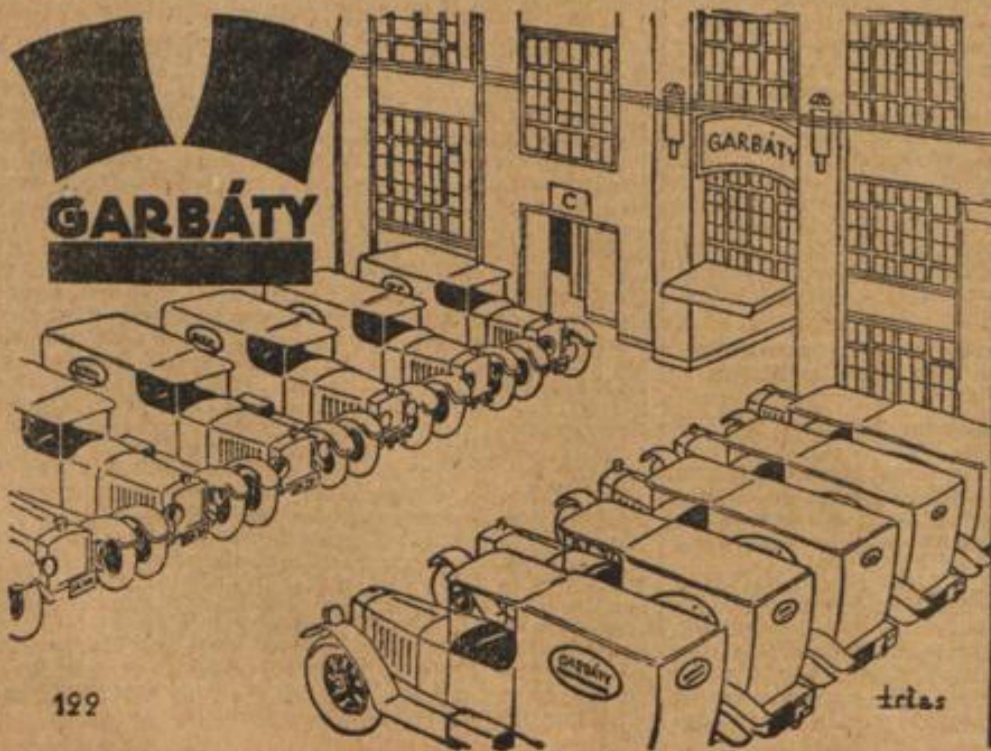
Das Urteil über diese Fälschung überlassen wir getrost den Arbeitern der Gas- und Wasserwerke.

Solidarität der Tat.

Wie uns vom Nahrungs- und Genussmittelarbeiter-Verband mitgeteilt wird, hat die Belegschaft der Firma Hildebrand Sohn auch für die englischen Bergarbeiter wie in sonstigen Fällen ihre Opferwilligkeit gezeigt. Die erste Sammlung brachte 223,40 Mark. Als zweite Sammlung wurden vom Betriebsrat wiederum 250 Mark für die englischen Bergarbeiter übermitteln. Gegenwärtig wird weiter gesammelt für Weihnachtsspenden der erwerbslosen Berufskollegen. Der ausgeprägte Solidaritätsgedanke dieser Kollegenschaft wird allen zur Nachahmung empfohlen.

Karl Polenste.

Der Bevollmächtigte der Filiale Berlin des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Genosse Polenste, wurde am 11. November 1876 in Butau in Schlesien geboren, ist also heute 50 Jahre alt geworden. Als 22jähriger trat er 1898 seiner gewerkschaftlichen Organisation bei, in der er bald als ehrenamtlicher



KÖNIGIN von SABA

frisch aus der Fabrik!

Wir unterhalten stets nur ein geringes Lager fertiger Zigaretten und produzieren nur fortlaufend frische Ware. Durch unseren grossen Autopark werden alle Händler täglich mit fabrikfrischer Ware versehen. Die Raucher erhalten dadurch unsere Zigaretten stets frisch und in bester

QUALITÄT

Strahlenbehandlung werden Lampen verschiedener Konstruktion verwendet. Da gibt es Wärmestrahler, auch als Langwellenstrahler bekannt, Glühstrahler in Form der Soluxlampen, die seit langem in der physikalischen Therapie verwandten Röntgenlampen als Bogenlichtstrahlröhren und auch als Ultraviolettstrahlung. In besonderen Räumen sind große Quarzlichtlampen aufgestellt, die paarweise angeordnet eine gleichmäßige Bestrahlung des ganzen Körpers ermöglichen. Dieses Stockwerk beherbergt auch die Apparate für Hochfrequenzbehandlung. Die Röntgenabteilung hat eine ganz neue Einrichtung erhalten, da ja hier Forschung und Technik besonders rasche Fortschritte gemacht haben. Von den Behandlungsräumen sind die Strahlenerzeuger völlig getrennt. Alle Bänke sind aus besonderem Material hergestellt, um das Durchdringen der Strahlen zu verhüten. Durch weitgehende Schutzvorrichtungen ist dafür gesorgt, daß den Kranken das heilende Licht nur da treffe, wo es wirken soll. Für die röntgenologische Untersuchung sind Räume und Apparate zur Röntgenaufnahme und zur Durchleuchtung vorhanden.

Ein Fahrstuhl führt uns hinauf zum Gymnasium. Wir sehen Apparate zur passiven Bewegung, zu Erschlatterungen, die z. B. Verwundungen lösen sollen. Reitapparate (für Männer und für Frauen) ermöglichen Wirkungen, wie sie Trab- oder Galoppreiten bietet. Mit anderen Apparaten werden Atmungsbewegungen ausgeführt, massagieähnliche Wirkungen hervorgebracht, Klopfungen, Nadelungen usw. Groß ist die Zahl der Apparate zur Ausführung offener Bewegungen, zur Übung einzelner Glieder, um versteifte Glieder gelenkig zu machen, erschlaffte Muskeln zu kräftigen, Folgen von Nervenerkrankungen zu beseitigen. Beachtung verdienen auch die in demselben Stockwerk aufgestellten Apparate für Diathermie und Elektrisation. Diathermie ist ein Behandlungsverfahren, bei dem man durch elektrischen Strom im Körper Wärme entstehen läßt und so die heilende Wärme an die Stelle bringt, an der sie wirken soll. Zur elektrischen Elektrisation sind alle Einrichtungen einschließlich Bierzellenbäder vorhanden. Erwähnt sei noch das mit allen technischen Neuerungen ausgestattete chemische Laboratorium für Untersuchungen bakteriologischer und anderer Art.

Diese Anstalt ist zurzeit die größte derartige Anstalt in Deutschland. Sie ist ausgerüstet mit den neuesten Apparaten, mit allen Vervollkommnungen, die aus den Erfahrungen der Praxis sich ergeben haben. Was hier die Krankenkassen durch ihre die Kräfte zusammenfassende Organisation zustande gebracht haben, verdient volle Anerkennung und Bewunderung. Das Werk, das sie in sachkundiger und umsichtiger Selbstverwaltung geschaffen haben, wird den Kassenmitgliedern zum Segen gereichen.

Rektor und Schulhausmeister. Eine Belcidianussklage.

In der 25./103. Gemeindeschule in der Ruppiner Straße stand der Rektor St. mit dem Schulhausmeister K. schon seit langem auf Kriegsfuß. Der Rektor war überzeugt, daß der Schulhausmeister seinen Dienst vernachlässigt; der Schulhausmeister fühlte sich vom Rektor im höchsten Grade schikaniert. Dieser notierte mit der größten Bedanterie in seinem Notizbuch jede Kleinigkeit, die er als Verletzung des Hausmeisters buchen zu glauben mochte. „Zweimal gestingelt; um 10 Uhr noch Nicht; 15 Uhr nicht zu finden; kein Schlüssel“, so geht es seitenslang. Jener beschwerte sich beim Verein der Schulhausmeister, da er sich ungerecht behandelt fühlte.

Außerdem hatten Rektor und Schulhausmeister auch Frauen. Die Frau des Schulhausmeisters war sogar der Ansicht, daß die Hauptschuld an dem schändlichen Verhalten des Rektors die Frau Rektors trage. Beide Haushände lagen in grimmiger Fehde. Bis es eines Tages zum Plagen kam. Der Anlaß ist schließlich gleichgültig. Jedenfalls befand sich die Frau des Schulhausmeisters in einer ziemlichen Aufregung und sagte auf dem Hofe zu ihrem Mann: „Das will ein Vorgelehter sein? Vor dem soll man Respekt haben; er ist ja nicht zurechnungsfähig!“ Die Frau des Rektors und der Sohn hatten aber den Ausdruck gehört und dem Rektor mitgeteilt. Als dieser nun die Frau des Schulhausmeisters zur Rede stellte, bestritt sie, das gesagt zu haben, wiederholte aber, daß man vor ihm keinen Respekt haben könne. Darauf meinte der Rektor: „Sie werden Ihren respektvollen Mund schon halten!“ und strengte eine Belcidianussklage an. Die erste Instanz hatte die Frau des Schulhausmeisters zu 80 M. Geldstrafe verurteilt, die zweite Instanz verringerte die Strafe auf 40 M. In der Urteilsbegründung führte der Richter aus, daß mildernde Umstände in Betracht kämen, da der Schulhausmeister und seine Frau sich vom Rektor schikaniert fühlen konnten. Der Prozeß gibt zu denken. Erstens war die Belcidianussklage als öffentlich anzupreisen? Der Ausdruck auf dem Hofe war doch in der Unterhaltung zwischen Frau und Mann gefallen. Und dann hätte der Herr Rektor wirklich mehr Rücksicht auf den schwerkränklichen Hausmeister nehmen können. Weshalb konnte denn der Rektor der Knaben- und Mädchenschule mit dem Hausmeister gut auskommen, und weshalb kam der Rektor St., wie es in der Gerichtsverhandlung behauptet wurde, auch mit seinem früheren Schulhausmeister schlecht aus? Warum verlagert sein pädagogisches Geschick, das man bei ihm doch wohl voraussehen muß, bei der Behandlung von Erwachsenen?

Mord und Selbstmordversuch.

Eine entsetzliche Tragödie spielte sich gestern nachmittag in dem Hause Kaiserin-Augusta-Allee 55 zu Charlottenburg ab. Im dritten Stockwerk des Gartenhauses hat die etwa 27jährige Ehefrau Martha Wolf zusammen mit ihrem fünfjährigen Söhnchen Kurt eine Zweizimmerwohnung inne. Gegen 1/2 11 Uhr nachmittags bemerkten Hausbewohner, die von der Arbeit heimkehrten, auf dem Treppengang einen starken Gasgeruch und stellten fest, daß dieser aus der Wohnung der Frau W. kam. Gleichzeitig nahmen sie ein schwaches Wimmern wahr. Als auf wiederholte Klopf- und Klingelzeichen nicht geantwortet wurde, alarmierte man die Polizei und Feuerwehr, die sich gewaltsam Einlaß in die Wohnung verschafften. Die eindringenden Beamten fanden Mutter und Kind in dem mit Gas angefüllten Wohnzimmer vor. Der fünfjährige Kurt war bereits tot, während die Mutter noch schwache Lebenszeichen von sich gab. Wiederbelebungsversuche von längerer Dauer waren von Erfolg gekrönt. Frau W. wurde in das Roabit Krankenhaus gebracht. Das Motiv der Tat ist wahrscheinlich auf Familienmissverständnisse zurückzuführen. Die Täterin lebte mit ihrem Manne in Scheidung, was vermutlich den Anlaß zu dem Verweilungsschritt gegeben haben dürfte.

Ihre letzte Rettung.

Es gibt Kranke, die im Kampsucher ihre letzte Rettung sehen. Da war z. B. die Frau K., seligen Andenkens. Sie litt an einer sehr schweren Herzkrankheit. In der Charité wurde sie dank der Behandlung bekannter Ärzte einigermaßen wiederhergestellt. Nach einer Erholungsreise in die Schweiz kehrte sie nach Berlin zurück, und als ihr Leiden wieder schlimmer wurde, wandte sie sich an einen gewissen R. Dieser war ursprünglich Drogist. Von seiner Leidenschaft zur medizinischen Wissenschaft besessen, eignete er sich einiges Wissen aus Büchern an und begann zu kurieren. Im Falle der Frau K. versuchte er seine Kunst an ihrem Nierenleiden, das in Wirklichkeit nur eine Begleiterkrankung ihres Herzleidens war. Er fütterte sie mit einem Tee und machte ihr Punctionen, um die Flüssigkeit aus ihrem Körper abzapfen. Frau R. starb. Ihr Mann machte Anzeige. Das Schöffengericht Charlottenburg sprach aber den Angeklagten frei. Zwar habe er, meinte die Urteilsbegründung, fahrlässig gehandelt, da er die schwer herzkranke Frau an einen richtigen Arzt hätte schicken müssen. Es sei jedoch der ursächliche Zusammenhang zwischen seinem Kurieren und dem Tode der Frau nicht festzustellen und daher müsse der Angeklagte freigesprochen werden.

Großdachstuhlbrand in Schöneberg.

Gestern abend kurz vor 8 Uhr wurde die Feuerwehr von mehreren Seiten zu gleicher Zeit nach der Barbarossastr. 63 zu Schöneberg gerufen, wo im Dachstuhl des Vorderhauses Feuer ausgebrochen war. Auf den Ruf „Mittelfeuer“ rückten vier Löschzüge unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy und des Baurats Lindner herbei. Bis zum Eintreffen der Wehren hatte sich das Feuer auf den ganzen Dachstuhl ausgebreitet, so daß die Löschmannschaften ein einziges Flammenmeer vorfanden. Ueber zwei mechanische Leitern und über das Treppenhaus wurde mit drei Schlauchleitungen gegen den Brandherd vorgegangen. Große Schwierigkeiten boten sich den Löschmannschaften, die über das Treppenhaus vordringen. Die normale, hölzerne Treppe endet im vierten Stockwerk, und eine schmale, eiserne Wendeltreppe verbindet sie mit dem Boden. Durch dieses Hindernis gingen wertvolle

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin Jungsozialistische Vereinigung Revolutions-Feier

Sonntag, den 14. Nov., vorm. 11 Uhr, im Großen Schauspielhaus.
Eintrittskarte 50 Pf.

Vortragsfolge: 1. Gemeinsames Lied: Wir werden im Sterben
2. Prolog: Der neue Simon (Max Barisch). 3. Worte zum Gedenken der
Revolution: A. Saenger, M. d. R. 4. Menschengeschichte, Dramatisches Spiel
für Bewegung: Sprecher von Herrn. Claudius (Erführung). 5. Gemein-
sames Lied: Dann wir schreiten...

Minuten verloren. Es gelang dann aber, das Feuer einzukreisen und ein Uebergreifen auf die anschließenden Dächer zu verhindern. Immerhin dauerten die Löscharbeiten bis gegen 10 Uhr. Starke Rauchentwicklung erschwerte zudem die Arbeiten. Die Ausräumungsarbeiten zogen sich bis 12 Uhr nachts hin. — Die Entstehungsurache konnte bisher noch nicht einwandfrei festgestellt werden, doch wird Fahrlässigkeit vermutet. Die Jugungsarbeiten waren von Reugierigen dicht umlagert, ein großes Schupoaufgebot hielt aber die Ordnung aufrecht.

Um 9 Uhr abends, als die Wehren noch angestrengt mit dem Löschen des Feuers in der Barbarossastraße zu tun hatten, kam ein neuer Alarm aus der Blücherstr. 22. In den Heizräumen einer Fabrik, in denen große Mengen Holz und Späne



Die Märchen Otto Weidingers, die am Nachmittag Lucie Rannheim in auf der Jugendbühne art und natio las, geben sich zu betont kindlich, ohne den eigentlichen Märchentönen zu finden, und das Urtümlichkeit der Märchen sollte nur Töne spielen. Sowohl die Duetture zum „Wasserschmied“ als auch Schumanns „Träumerei“ wirken in dieser Interpretation kaum. Die „Rundschau für Blumen- und Gartentrends“, für die Interessenten sicherlich nicht langweilig, braucht nicht notwendig so prononziert gesprochen zu werden, und auch Dr. Franz Serravallo, der die Einführung zur „Maria Stuart“ übernommen hatte, zeigte vor dem Mikrophon seine überragende rhetorische Fähigkeiten. Der Vortrag konnte beim besten Willen nicht fesseln. Dagegen gab Dr. Richard A. Stein keinen Ausführungen über „Die Kunst der deutschen Rhetorik“ ansprechende Form. Als seiner und geistreicher Analytiker der Kunst Rainer Maria Rilkes erwies sich Dr. Manfred Georg, vor allem ist Manfred Georg wirklich ein guter Sprecher. Die Funktion kann darauf nicht genug Wert legen, es genügt eben nicht allein ein großer Name, von ausschlaggebender Bedeutung bleibt auch die Art des Vortragens. Epißte Binder sprach darauf die kostbaren Mittelchen Worte mit milder, schleppender Stimme, aber ausdrucksstark und mit dunkel kantenem Klang. Der Schluss des Abendprogramms nannte sich „Mit“. Das bedeutet nach Rainer Maria Rilke einen zu kühnen Soliloquie. Immerhin, doch der Mit hätte nicht in Bildnis eingeleitet dürfen. Es ist durchaus nicht notwendig, daß der „himmelblaue See“ nach so langer Zeit wieder aufgeföhren wird. Und dann die Uebertragung der letzten Stunde des Sechsjährigen aus dem Sportplatz. Ganz ruhig und langsam spricht der Anführer vor dem Mikrophon, erklärt die augenblickliche Lage des Rennens, er läßt sich Zeit, aber dahinter brandet die Aufregung der Menge, schwillt an und überläßt manchmal diese ruhige, monotone Stimme, und etwas von der Erregung strömt auf den Hörer über.

Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 11. November.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:
12.30 Uhr nachm.: Die Viertelstunde für den Landwirt.
4 Uhr nachm.: Max Marschalk: „Einführung in der Uebertragung aus der Staatsoper am 12. November“. 4.30—6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Spanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30—7.05 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Bildungskurse). 6.30 Uhr abends: Abteilung Technik. Dr. Viktor Engelhardt: „Liebe zur Technik“. 7.05 Uhr abends: Abteilung Sprachunterricht. Spanisch (C. M. Alfieri und G. v. Eysen). 7.30 Uhr abends: Dr. med. Paul Hirsch-Mammoth: „Gallensteine“. 7.55 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). Abteilung Rechtswissenschaft. Dr. Eduard Kohlrausch: „Modernes Strafrecht“. 8.30 Uhr abends: Sendespiele. „Maria Stuart“, ein Trauerspiel in fünf Aufzügen von Friedrich v. Schiller. Leitung: Alfred Braun. Elisabeth, Königin von England; Agnes Straub; Maria Stuart; Königin von Schottland; Gefangene in England; Maria Fein; Robert Dudley; Graf von Leicester; Max Landa; Georg Talbot; Graf von Chrousbury; Leo Reuß; Wilhelm Cecil; Baron von Burleigh, Hochschatzmeister; Walter Franck; Mortimer sein Neffe; Paul Bildt; Graf von Kent; Wilhelm Davison, Staatssekretär; Amias Paulet, Ritter, Hüter der Maria; Graf Aubespine, französischer Gesandter; Graf Bellievre, außerordentlicher Botschafter von Frankreich; Okoly, Mortimers Freund; Dragoon Drury, zweiter Hüter der Maria; Melvil, ihr Haushofmeister; Burgov, ihr Arzt; Hanna Kennedy, ihre Amme; Margareta Kurl, ihre Kammerfrau; Sheriff der Grafschaft; Offizier der Leibwache; französische und englische Herren; Trabanten; Hofdiener der Königin von England; Diener und Dienerinnen der Königin von Schottland. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12.30 Uhr abends: Tanzmusik (Kapelle Kernbach. Leitung: Kapellmeister Otto Kernbach).

Königswusterhausen, Donnerstag, den 11. November.

2.30—3 Uhr nachm.: Zentrale der Hausfrauenvereine Groß-Berlins: Der Meisterkursus der Hausfrau. 3—3.30 Uhr nachm.: Prof. Dr. Amsel und Ober-Schullehrer Westermann: Einheitskurzschrift. 3.30—4 Uhr nachm.: Obermeister Volkmann: Berufskunde: Der handwerkliche Schlosser. 4—4.30 Uhr nachm.: Dr. Klopfer: Erziehungsberatung. 4.30—5 Uhr nachm.: Aus dem Zentralinstitut: Berichte. 5—5.30 Uhr nachm.: Dr. med. Tattor: Die Falknerei und ihre Geschichte. 5.30—6 Uhr abends: Prof. Dr. Weidinger: Vererbung erworbener Eigenschaften. 6—6.30 Uhr abends: Oekonomiarat Kaiser: Aufgaben der Qualitätsverbesserung in der Landwirtschaft. 6.30—7 Uhr abends: Dr. Alfred Kuhn: Museen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. 7—7.30 Uhr abends: Dr. J. Simon: Beethovens Kammermusik. 7.30—8 Uhr abends: Thea von Harbou: Das Nibelungenlied. 8 Uhr abends: Einführung zu „Tosca“ (Uebertragung aus der Staatsoper am 12. 11. 1936). Ab 8.30 Uhr abends: Uebertragung aus Berlin.

lagerten, war aus unbekannter Ursache Feuer entstanden. Zwei Löschzüge hatten mehrere Stunden der Befämpfung des Brandes zu tun. Eine ungemein stark Rauchentwicklung machte die Zutrittshilfe von Rauchschutzhelmen notwendig.

Veruntreuungen.

Die Kriminalstatistik der letzten Jahre zeigt eine Verschiebung. Die Zahl der Diebstähle nimmt ab, die Zahl der Veruntreuungen, der Betrügereien, der Urkundenfälschungen nimmt zu. Auch hier ist es in der Hauptsache die Not, die zu diesen Eigentumsverbrechen führt. Oft ist es aber auch Leichtsinns, der Wunsch, über die Verhältnisse hinaus zu leben, die Verführung, sich an dem anvertrauten Geld zu vergreifen. Die Beispiele aus Roabit sollen diese Tatsachen illustrieren.

Die veruntreuten Armegegelder.

Der Expedient D. war fast 60 Jahre alt geworden, ohne mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt geraten zu sein. Dann wurde er aber vom Bezirksamt Kreuzberg abgebaut. Das Ehrenamt des Armenvorstehers bekleidete er jedoch inne. Die Abfindungssumme von etwa 400 M. war bald aufgebraucht. Seine Frau war krank; er hatte für sie und seine beiden kleinen Kinder zu sorgen. So griff er eines Tages die ihm anvertrauten Armegegelder an; er wiederholte es ein zweites, ein drittesmal. Dann gab es kein Halten mehr. Mit der Zeit wurden es 3900 M. Durch einen Zufall wurden die Betrügereien entdeckt. Das Amtsgericht Berlin-Mitte verurteilte ihn zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis. Die Urteilsbegründung hob mit Recht hervor, wie schändlich es sei, die Vermögen der Armen um die paar Mark zu bringen. War es aber richtig, einem abgebauten Beamten, der selbst nichts zu essen hatte, Armenvorsteher sein zu lassen und ihm so große Geldsummen anzuvertrauen?

Die „verfälschten“ Akten.

„Verfälschen“ heißt: Akten in ein Fach legen, wo sie nicht hingehören. Zu dieser „Verfälschung“ von Akten griff der Kanzlei-beamte S., nachdem er aus ihnen einen Briefumschlag mit 300 M. entwendet hatte. Das Geld war von einem Kaufmann, der vom Richter zur Leistung eines Offenbarungseides in die Kanzlei geladen war, eingezahlt. Das Geld ist nicht in die Kasse gelegt, sondern im Umschlag geblieben. Der Kanzlei-beamte entnahm aber den Briefumschlag den Akten und „verfälschte“ diesen derart, daß man sie lange Zeit hindurch nicht finden konnte. Mit dem Gelde bezahlte er alle seine Schulden. Als aber die Firma, für die das Geld von dem Gläubiger eingezahlt worden war, immer wieder das Gericht mit Anfragen betrauerte, kam die Befragung des Angeklagten doch heraus. Das Gericht erster Instanz hatte dem ungetreuen Beamten wegen der Beiseiteführung von Akten um eines Vorteiles willen, d. h. für das „Verfälschen“ der Akten, zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt. Die zweite Instanz verwarf die Revision. Es blieb bei dem einen Jahr Zuchthaus. Denn wird mal ein Aktenstück in einer Kanzlei „verfälscht“, so ist es so gut wie verschwunden.

Schändliche Unterbringung an Offiziersflügel.

Vor dem erweiterten Potsdamer Schöffengericht mußte sich der Vorsteher und Berater des Ostbundes, Ortsgruppe Rauch-Belgia, Kaufmann Emil Raddak aus Belgia, wegen Untreue und Unterschlagung verantworten. Der Vorsteher der Kreisstelle Rauch-Belgia des Landesverbandes Deutscher Ostbund, der frühere Kreisaußensekretär Otto Boitisch aus Belgia, war wegen Heberelei und Begünstigung angeklagt. Raddak hatte für die im Kreise Rauch-Belgia wohnenden vertriebenen Offiziersflügel die Verdrängungsschädenansprüche aufzustellen und sie dem Reichenschiedsamt vorzulegen. In gemeingefährlicher Weise hat er Flüchtlinge um die Entschädigungsummen betrogen. Diese Gelder hat er zum größten Teil für sich verbraucht; vom Beistell hatte er für einen Vertriebenen mit vier kleinen Kindern über 1000 M. erhalten, diese Summe aber restlos für sich behalten. Als die Schiedsbungen entdeckt wurden, eine merkwürdigerweise Wohnung und Bureau des Raddak in Plommen auf. Viel Aktenmaterial der Flüchtlinge über Entschädigungsforderungen wurde dabei vernichtet. Bald darauf wurden beide verhaftet. In der Hauptverhandlung war R. anständig. Erklärterderte wirkte die Vernehmung der geschädigten Flüchtlinge. Da kommt eine 73jährige Greisin in den Saal und macht mit tränenerstickter Stimme ihre Aussagen. Von Polen vertrieben, in Belgia mittels angetroffen, hat Raddak sie um ihr bishigen Entschädigungsgeld betrogen. R. wurde zu einer Gesamtsstrafe von 1 Jahr 2 Monaten Gefängnis verurteilt. Bewährungsstrafe wurde abgelehnt, ebenso der Antrag auf Aufhebung des geschilderten Haftbefehls. Boitisch erhielt wegen Begünstigung eine Geldstrafe von 400 M., die als durch die Untersuchungshaft verbüßt angesehen wurde.

Der Magistrat gegen die Hockersteuer.

Der Magistrat der Stadt Berlin hat gestern beschlossen, die Hockersteuer aufzuheben. Der Beschluß bedarf noch der Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung.

Ein italienischer Friedhof bei Berlin. Gleich der englischen Regierung hat auch die italienische Regierung von der Synode Berlin ein großes Terrain des Stahndorfer Friedhofes zur Bestattung ihrer in deutscher Gefangenschaft verstorbenen Soldaten angekauft. Der italienische Friedhof grenzt an den englischen Gottesacker, und das Terrain bietet für über 1000 Gräber Platz. Bereits jetzt sind die ersten Gräber ausgehauert, da die Transporte der Toten bereits Anfang Dezember erwartet werden. Hauptächlich handelt es sich um Gefangene aus den Isonzo-Schlachten, die in deutschen Lazaretten bzw. Gefangenenlagern gestorben sind. Der große Hauptweg des Stahndorfer Friedhofes wird jetzt bis zu dem internationalen Totenort überführt werden.

Arbeiterbildungsschule. Am Freitag, den 12. November, abends 8 Uhr, beginnt in der Mädchen-Mittelschule Reutlin, Danaustr. 120, der Kursus „Einführung in die Soziologie“ mit folgender Disposition: Das Wesen der Gesellschaftslehre und die Geschichte — Die gesellschaftlichen Verbände — Familie, Ehe und Sippenverband — Staat und Gesellschaft — Rasse und Stand — Die aufbauenden Elemente des gesellschaftlichen Lebens — Bürgerliche und marxistische Gesellschaftslehre. Die Hörgebühr beträgt für 12 Abende 2 M. Anmeldungen werden am Kursusabend entgegengenommen.

Ihr Kind hustet.

Ein Heilmittel aus dem Fichtenwalde.

Mütter erkennen nicht immer die Gefahr für die Gesundheit ihres Kindes, welche ein gewöhnlicher Husten oder eine einfache Erkältung mit sich bringen kann. Bei Vernachlässigung können sich diese kleinen Unpfllichkeiten zu schweren Bronchialleiden und selbst zur Schwindelkrankheit entwickeln. Und Husten und Erkältungen sind so leicht zu heilen, wenn man gleich zu Anfang Ansy einnimmt. Ansy enthält neben anderen wertvollen Bestandteilen Teer und Fichten-nadelöl, von welchen heilkräftige Dämpfe in die Lunge und das Bronchialsystem eindringen und so sindernd auf die Entzündung wirken und Erleichterung und Heilung der Erkältung bringen. Wenn Sie Ihrem Kinde Ansy eingeben, geben Sie ihm damit die segnende Heilkraft der nordwestlichen Fichtenwälder ein, mit ganz geringem Kostenaufwand. Eine Flasche Ansy genügt zur Zubereitung von 1/2 Liter köstlichen Hustensirups.

Unsere Revolutionsfeiern.

Der 2. Kreis Tiergarten hielt seine Feier in den Arminius-Hallen, Bremerstraße 73, ab. Der Saal war rot dekoriert. Der Kreisleiter, Genosse Hennig, gedachte zuerst in warmen Worten aller derjenigen Mitkämpfer, welche in den verflochtenen Jahren durch den Tod unsterblich entlassen wurden. Er widmete in besonderer dem erst kürzlich von uns geschiedenen Genossen Robert Dismann warme Worte des Gedenkens. Die Versammelten hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Plätzen erhoben. Der gemischte Chor „Norden“ (Mitglied des Arbeiter-Sängerbundes) eröffnete alsdann die Versammlung mit einigen Kampfliedern. Genosse Aufhäuser hielt die Festrede, die mit stürmischem Beifall aufgenommen wurde. Die Sänger trugen alsdann die Parolle vor. Mit einem Hoch auf die Partei und die Internationale fand die gut verlaufene Veranstaltung ihr Ende.

Der 11. Kreis Schöneberg hielt seine Revolutionsgedenkefeier im großen Saal der Schloßkammer ab, der bis auf den letzten Platz gefüllt war. Der junge Chor sang den Weckruf von Freiligrath. Genosse Kuttner hielt die Festrede. Er schloß seine Ausführungen mit einem Appell, die Kräfte zu sammeln und die Republik mit einem sozialen Inhalt auszugestalten. Die Rede fand stürmische Zustimmung. Weitere Bezugsvorträge des jungen Chors und das von der Arbeiterjugend vorgetragene Sprechwort „Menschheitswille“ von Hermann Claudius folgten. Mit dem gemeinschaftlichen Gesang der Internationale fand die glänzende Veranstaltung ihr Ende.

Der 19. Kreis Pankow-Niederschönhausen feierte den Gedenktag der Revolution in der Aula des Lyzeums Görlichstraße. Die Feier wurde durch gute Gesangsbeiträge des Vereinigten Männerchors von Pankow und Niederschönhausen eingeleitet. Ihnen schlossen sich Darbietungen des Sprechchors Niederschönhausen an. Der Festredner, Genosse Göring, wies in seiner Festrede darauf hin, daß uns das Erreichte nicht befriedigen kann, sondern daß wir der Befreiung von Weimar durch weiteren Kampf den nötigen sozialen Inhalt geben müssen. Erst dann können wir von einem wahren 9. November sprechen. Vorführungen der Jungsozialistengruppe Pankow aus „Masse Mensch“ schloßen sich dieser wirkungsvollen Festrede an. Umrahmt war die Feier durch Musikvorträge des Sozialistenorchesters vom Deutschen Musikerverband. Die Feier wurde mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Gelöbnis zu weiteren Kämpfen geschlossen.

Der große Saal des „Nationalhofs“ in der Bülowstraße war gefüllt, obgleich die 8. Abteilung nur einige hundert Einladungen an Sympathisierende ausgetragen und von einer Handzettelverbreitung abgesehen hatte. Nach einem Gesangsvortrag der Liedertafel West hielt Genosse Fehrenbach die Festrede. Er erklärte u. a., daß die schwarzrotgoldene Fahne die der deutschen Einheit sei, daß unser Ziel aber die sozialistische Republik bleibe, für die wir unter der roten Fahne kämpfen. Ein Gesangsvortrag und der gemeinsame Gesang der „Internationalen“ schloß die Feier. Als besonders erfreulich sind zahlreiche Neuanmeldungen von Mitgliedern zu erwähnen, die nach Schluß der Feier erfolgten.

Nach dem Bericht über die Rede des Genossen Breitscheid bei der Revolutionsfeier des 17. Kreises, die im gestrigen Morgenblatt veröffentlicht wurde, soll der Redner gesagt haben, daß die Ergebnisse vom November 1918 zwar keine Revolution mit Barrikaden und unzähligen Menschenopfern gewesen sei, „wie wir sie uns erträumt hatten“, daß sie aber trotzdem eine grundlegende Staatsumwälzung war. Hier ist ein Satz sorgfältig zu lesen. Es sollte heißen: „daß sie uns auch nicht die Erfolge brachte, wie wir sie uns erträumt hatten...“

Freude des Schaffens in der Not des Daseins ist der nächste musikalische Anlauf des Volksbildungsamts Friedrichshain betitelt, der am Sonntag, dem 13. November, abends 8 Uhr, in der Schulaula Köpenickerstraße 76, stattfindet. Zu Mitwirkenden sind gewonnen: Margot Stahl (Mezzosopran), Dr. Felix Günther (Flügel) und das bekannte Postquartett. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf. Karten sind noch im Volksbildungsamt, Martinsstr. 49, erhältlich.

Wambst-Lacquehay Sieger im Sechstagerrennen.

Marcillac—Junge zweites Paar. — Pfeifkonzert in der Sporthalle.

Lehter Abend der langen Radreise! Im gleichmäßigen Tempo umkreist das sieben Mannschaften starke Feld die Bahn, während sich die Halle allmählich zu füllen beginnt. Gegen 9 Uhr wird die einöhrige Fahrt des Feldes durch einen Vorstoß von Tieg unterbrochen. Sein Partner Koch kann den Vorprung vergrößern. Bei der darauf folgenden Abblöschung jedoch stoppt Tieg wegen Mißverständnisses ab. Goldfied-Rebe haben wieder einmal eine Runde verloren. Bei einer von Tonani anvisierten kurzen Jagd stürzen Knappe und Junge. Rebe-Goldfied verlieren zwei, Junge-Marcillac eine Runde. Knappe erscheint wieder. Im Moment darauf bemächtigt sich im Publikum eine Erregung, die sich von Minute zu Minute steigert. Das Publikum erklärt sich unter wütendem Protest mit dem Urteil des Renngerichts, Marcillac-Junge ebenfalls mit einer Verlustrunde zu bestrafen, nicht einverstanden und stößt seinen Protest auf die Rennhofbestimmungen, die besagen: Stürzt bei einer Jagd der Fahrer einer Mannschaft, so wird für diese Mannschaft das Rennen neutralisiert, d. h. die Mannschaft darf nicht gewertet werden. Und trotzdem verhängte das Renngericht eine Verlustrunde! Es dauert ziemlich lange, bis das Renngericht die Revision seines Urteils vollzogen hatte. Währenddem geht, pfeift und tobt es in der Halle, daß man meint, die Wände müßten einstürzen, bis am Transparent endlich die beruhigende Mitteilung erscheint: daß der Mannschaft Junge-Marcillac die verlorene Runde wieder zurückgegeben wird. Das Haus kultivierte dieses Urteil mit frenetischem Beifall und beruhigt sich allmählich. Die Alten Marcillacs jedoch, dessen „eigenartige“ Fahrweise wir bereits im gestrigen Abendblatt kurz beleuchtet haben, können trotz alledem noch nicht geschlossen sein, zumal der Wambst-Lacquehay während der Jagd behindert und sogar am Trifot zurückgehalten wurde.

Die Spurstunde.

Um 10 Uhr abends sind insgesamt 3677,665 Kilometer bedeckt. Die Wertung beginnt. In der letzten Stunde werden nur die ersten drei Fahrer gewertet und es erhalten der Erste 20, der Zweite 15 und der Dritte 5 Punkte angerechnet. Die letzte Spurstunde sieht nur noch 6 Mannschaften im Felde, nachdem die um 13 Runden an ausschließlichen Stellen liegenden Rebe-Goldfied aus dem Rennen genommen wurden. Die Spurstunde selbst brachte nur allseitigen Positionskämpfe. Während die Franzosen Punkt auf Punkt holten, stieß Tonani wiederholt vor, um im Felde zu wühlen. Koch-Tieg, die es bei der Abblöschung nicht so genau nehmen, erhalten eine Strafrunde. An dem Ausgang des Rennens war in der letzten Stunde nicht mehr zu zweifeln. Die französische Mannschaft Wambst-Lacquehay fuhr den Sieg im 17. Berliner Sechstagerrennen nach Hause. Zweites Paar wurde die Mannschaft Marcillac-Junge eine Runde Rückstand und 258 Punkten. Drei Runden zurück folgten an dritter Stelle Kerts-van Hevel mit 129 Punkten. An vierter Stelle landeten 6 Runden zurück Knappe-Rieger mit 479 Punkten, fünfte Mannschaft Hufschke-Tonani mit 368 Punkten und siebente Mannschaft Koch-Tieg mit 357 Punkten. Die beiden letzten Mannschaften lagen 7 Runden zurück. Insgesamt wurden in 145 Stunden 3715 Kilometer zurückgelegt.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle für Berlin und Umgebung. (Nachdr. verb.) Weist heller, kühler, Tagestemperatur wenig geändert, aber die letzten Stunden Regen. — In Deutschland: Keine wesentliche Veränderung, stellenweise Bodeneis.

Landtag gegen Reichsvereinsgesetz.

Das Mißtrauensvotum gegen Grzejski abgelehnt.

Im Mittelpunkt der gestrigen Landtagssitzung stand der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen Innenminister Grzejski. Hierzu gab Abg. Vied (Komm.) namens der kommunistischen Fraktion die Erklärung ab, daß sie sich an der Abstimmung nicht beteiligen wird. Die Deutschnationalen wollten dem Innenminister ein Mißtrauensvotum ausstellen, weil er ihrer Hege gegen den Roten Frontkämpferbund und die linksgerichtete Arbeiterschaft nicht voll nachgegeben habe. Da sie einen noch schärferen Polizeikampf gegen die Kommunisten wollten, könnten diese nicht für das Mißtrauensvotum stimmen, obwohl sie die gesamte Politik der Staatsregierung aufs schärfste verurteilen und bekämpfen.

Der Mißtrauensantrag wird unter dem Beifall der Regierungsparteien mit 211 gegen 172 Stimmen abgelehnt.

Vor der Abstimmung wurde über Anträge betreffs Hilfe für Hochwasserschäden beraten. Nach Ausführungen der Abgg. v. Winterfeld (Dnat.) und Kllan (Komm.) nahm

Abg. Peters-Hochdorn (Soz.)

das Wort.

Der deutschnationale Redner hat ein hilfswirksames Eintreten des Staates für die leistungsschwachen Kreise gefordert. Aber Herr v. Winterfeld sollte doch wissen, daß die Grundzüge, nach denen sich die Unterstützungspflicht in Notfällen zwischen Staat, Provinz und Kreis verteilt, noch aus der Zeit der konserverativen Regierungen stammen. Das gegenwärtige Staatsministerium hat über diese Grundzüge hinaus wiederholt den durch Unfälle besonders schwer betroffenen Kreisen außerordentliche Zuwendungen gemacht. Die Deutschnationalen freilich haben der preussischen Regierung alle Steuern verweigert und damit auch die Mittel, die notwendig sind, um im entscheidenden Augenblick eingzugreifen, um akute Notstände abzumehren. Damit haben die Rechtsparlieren überhaupt das Recht verwirkt, der Regierung ungenügende finanzielle Aufwendungen vorzuwerfen. Die Hauptsache bleibt freilich, dergleichen Katastrophen vorzubeugen. Wir hoffen, daß in dem Erwerbslosenprogramm des preussischen Staatsministeriums umfangreiche Frühregulierungen und Eindeichungsarbeiten mit aufgenommen sind und halten an dem Beschluß des Hauptausschusses fest, daß die Hilfe soweit gewährt wird, wie sie zur Erhaltung der Existenz der Hochwasserschädigten nötig ist.

Nach längerer Debatte werden die Anträge des Hauptausschusses angenommen, die deutschnationalen Anträge an den Hauptausschuß verwiesen.

Es folgt die Beratung des kommunistischen Antrages auf Stellungnahme des Landtages gegen das Reichsvereinsgesetz.

Abg. Vied (Komm.) berichtet über die Verhandlungen des Verfassungsausschusses, der den kommunistischen Antrag abgelehnt hat.

Abg. Markwald (Soz.):

Die Novelle ist ein Vorentwurf auf die Versammlungsfreiheit. Wenn sie Gesetz wird, ist das Versammlungsgesetz mehr eingeschränkt als vor dem Kriege. Polizei und Staatsanwälte werden Nachmittage in die Hand gegeben, die jeder Willkür Tür und Tor öffnen. Der neue Entwurf ist schlimmer als das reaktionäre Kaiserliche Vereinsgesetz.

Nach dem Entwurf können Verbote ausgesprochen werden, wenn Vereinsmitglieder bei Unzulässigen strafbare Handlungen begehen; dazu gehört auch grober Unfug. Auch Personenverbindungen können aufgehoben werden, die, ohne sich strafbar zu machen, in den Aufgabenkreis von behördlichen Instanzen unbefugt eingreifen. Zu den Aufgaben der Polizei gehört auch der Zusammenschluß. Die

Bestimmung richtete sich also gegen den Ordnungsdienst, der verschiedene Parteien zum Schutz der eigenen Versammlungen gegen Störungen eingerichtet haben. Nach dem alten Vereinsgesetz würde derjenige, der einen aufgelösten Verein fortsetzt, mit 150 M. Geldbuße bestraft. Nach dem Entwurf kann ein solcher Mißverfälscher künftig mit Gefängnis bis zu 5 Jahren und mit Geldstrafen bis zu 10 000 M. bestraft werden. Solche Bestimmungen sind grotesk. Zu den Aufhebungsgründen gehört auch das öffentliche Anreizen zum Verbrechen. Aber nur die Erörterung solcher Anträge, nicht etwa ihre Einbringung, ist Aufhebungsgrund.

Sollte also Prinz Oskar in einer Versammlung den Antrag stellen, Stresemann umzubringen, so ist das an sich kein Aufhebungsgrund. Aber eine entrüstete Stellungnahme dazu würde als Aufhebungsgrund gelten.

Ungeheuerlich ist auch die Bestimmung, Satzungen und Statuten den Behörden mitzuteilen. Was soll eigentlich durch solche schikanösen Maßnahmen erreicht werden? Versammlungen unter freiem Himmel sollen künftig 48 Stunden vorher angemeldet werden. Vor dem Kriege genügten 24 Stunden. Künftig müßte danach jede Demonstration, jeder Umzug kleinerer Trupps, die sich zusammengefunden haben, sofort gewaltsam gesprengt werden. Da die Entscheidung über dieses Reichsgesetz im Reichstag fällt, sind wir gegen eine nochmalige Zurückverweisung des schon einmal abgelehnten Antrags an den Ausschuß. Die Annahme des Gesetzes würde den Klassenkampf nicht verhindern, sondern höchstens seine Formen verschärfen. Ich bin ermächtigt zu erklären, daß die Reichstagsfraktion der Sozialdemokratie den Entwurf auf das schärfste bekämpfen wird.

Der kommunistische Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß wird abgelehnt.

Danach verlegt sich das Haus auf Donnerstag, den 11. November, mittags 12 Uhr. Tagesordnung: Städtebaugesetz.

Aus der Partei.

„Bücherwarte“ und „Arbeiterbildung“.

Das soeben erschienene Novemberheft der „Bücherwarte“ enthält eine instruktive Abhandlung von Otto Jenßen über „Geschichte der Revolution“, die tief in das Wesen der Revolution hineinführt und die Unterschiede zwischen bürgerlicher und proletarischer Revolution an Hand der vorhandenen Literatur darstellt. In der Beilage „Arbeiter-Bildung“ gibt Christian Döring in einer Rededispensation zum 9. November eine lehrreiche Skizze der deutschen Revolution von 1918.

Ein großer Teil der „Bücherwarte“ ist im übrigen den wichtigsten Jugendschriften, Reisebeschreibungen usw. gewidmet. In einem sehr lehrreichen Artikel behandelt Prof. Anna Siemsen von allgemeineren Gesichtspunkten aus das Thema der Jugendliteratur. Zahlreiche Besprechungen aus dem Gebiet der Arbeitswissenschaft, Politik, Rechtswissenschaft, Weltpolitik usw. ergänzen den reichhaltigen Inhalt der Nummer. Für die Bildungsfunctionäre dürfte auch der ausführliche Bericht über die Reichskonferenz der Bezirksbildungsausschüsse in Blankenburg, der in der „Arbeiter-Bildung“ veröffentlicht ist, von Interesse sein.

Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 M. für das Vierteljahr durch die Post oder die Buchhandlung J. H. W. Dietz sowie alle „Vorwärts“-Expeditionen zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Theater, Lichtspiele usw.	
Staats-Theater Opernhaus a. Platz 6. Republik. 7 U: Tristan und Isolde Schauspielhaus 8 U: Lulu Schiller-Theater 8 U: Soldaten	Volksbühne Theater am Blüowplatz Th. am Schill-Platz 8 Uhr: Täglich 8 Uhr Eysistrata Morgen 8 Uhr: Nachtsyl Das Grabmal des unbekannt Soldaten.
Städtische Oper Charlottenburg 7 1/2 Uhr: Turandot Musikal. Leitung: B. Walter Abonn.-Ternus III.	Romische Oper Der große Opernvorzug Täglich 8 Uhr Adrienne Ull mit Serak, Wassely, Wrl, Blaus Boettcher, Hell, Schuster. Sonntag nachm. 3 U: in 1. Besetzung Die Fledermaus Vorverkauf ununterbrochen v. 10 U. an
Deutsches Theater Norden 10334-38 8 Uhr: Neidhardt v. Gneisenau von Wolfgang Goetz Regie: Heinz Hilpert Sonntag, 14. Novbr. nachm. 3 Uhr: Gesellschaft	CASINO-THEATER 8 Uhr Nur noch wenige Aufführungen Gräfin Tippmamsell Gutschalk 1-4 Pers. Bel Vorzeit. der Annonce Faust III 1,91 Mk., Seisel 1,50
Kammerspiele Norden 10334-38 8 1/2 Uhr: Der gefällig. Thierry von Tristan Bernard Regie: Eug. Robert	Wallner-Theater Tägl. 8 Uhr für unter 8 Uhr Erfolg: Hasemanns Töchter
Die Komödie Bismarck 2414, 7516 8 Uhr: Die Gefangene Von Bourdet Regie: M. Reinhardt	Tranon-Theater Tägl. 8 1/2 Uhr: „Dirnentragödie“
SCALA Nollendorf 7360 8 Uhr: Varieté-Neuheiten	Winter-Garten 8 Uhr Räuchen gestaffelt
Reichshallen-Theater Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr Stettiner Sänger 2. Schicht: Piepers Dicke Burleske von Meyzel Nachm halbe Preise: Dönhoff-Brett'l Varieté Konzert-Tanz	Trabrennen Mariendorf Donnerstag, 11. Novbr. mittags 12 Uhr

ALLE LEUTE LOBEN Blandband FEINKOSTMARGARINE wie Butter 1/2 Pfd. 50 Pf.

Theater, Lichtspiele usw. auch folgende Seiten!

Der Aufmarsch der Unternehmer.

Die Kundgebung gegen die öffentliche Wirtschaft.

Gestern, Mittwoch, nachmittag fand in der „Singsakademie“ die Kundgebung der Spitzenverbände der Unternehmer gegenüber den Gefährten, welche der Wirtschaft aus der zunehmenden Betätigung der öffentlichen Hand im Erwerbsleben, sowie aus sonstigen Beschränkungen und Beeinträchtigungen des Privateigentums drohen, unter starker Beteiligung statt. Erschienen waren zahlreiche Privatinteressenten und Vertreter von Verbänden, aber auch Parlamentarier sowie Beamte des Reiches und der Länder.

Nach einer kurzen Eröffnungsansprache des Geheimrats Duisberg hielt Generaldirektor Dr. Toepfer-Stein im Namen des Deutschen Industrie- und Handelsverbandes das erste Referat. Er stellte die führende Behauptung auf, daß der Staat bei der Umstellung seiner Heereswerkstätten schlechter abgeschnitten habe, als es etwa die Privatwirtschaft getan hätte. Dabei ist bekannt, daß die Privatwirtschaft aus Gründen der Konkurrenz die Umstellung der früheren Militärwerkstätten auf andere Produktionsprodukte planmäßig gehindert und unter anderem die Fabrikation eines billigen Automobils zu unterbinden gewußt hat. Obwohl der Redner anerkannte, daß die Staatswirtschaft nicht ganz verneint werden dürfe, stellte er die objektive unwahre Behauptung auf, daß auf allen Gebieten der heutigen öffentlichen Wirtschaft die Privatwirtschaft zuerst vorangegangen sei. Gegen die Erstföhrung der Versorgungsbetriebe wolle man nichts einwenden, um so stärker jedoch protestierte der Gegner gegen die

Ausgestaltung der öffentlichen Werke zu Erwerbsunternehmungen.

Mit besonderer Schärfe wandte sich der Redner gegen die gemeinwirtschaftliche Kapitalbildung auf dem Wege der Hauszinssteuer. Die Absicht der Schaffung eines neuen zentralen Bankinstitutes für städtischen Grundbesitz würde die Verstaatlichung des Baugewerbes in erheblichem Maße fördern. Die Frage, wo die Wohnungen herkommen sollten und wie hoch die Mieten sein würden, wenn die öffentliche Hand nicht eingreifen würde, interessierte den Vortragenden überhaupt nicht.

Ramens des Reichsverbandes der Deutschen Industrie erklärte Fabrikant Abraham Fromeln, es habe schon immer Staatsbetriebe gegeben. Er verwies auf die

Verdienste Preußens um den Eisenbahnbau.

Besonders ärgerlich war es diesem Redner, daß der Staat seine gesetzlichen Befugnisse anwende, wenn er sich wirtschaftlich betätigt. Wie groß würde erst das Geschrei der Interessenten sein, wenn der Staat das ohne die entsprechenden Ermächtigungen des Parlaments oder außerhalb der Gesetze, insbesondere des Staatsrechts, tun würde! Fromeln glaubte feststellen zu können, daß die Republik im Gegensatz zum Obrigkeitsstaat überhaupt nicht in der Lage sei, sich mit Erfolg wirtschaftlich zu betätigen, da die Parteien nicht nach sachlichen Gesichtspunkten über die Wirtschaftsföhrung entscheiden könnten. Mit dieser unhaltbaren Begründung hätte Fromeln aber eigentlich auch die sogenannten Versorgungsbetriebe ablehnen müssen. Er stellte es als besonders vorteilhaft hin, daß neuerdings ein großer Teil der öffentlichen Betriebe, besonders die Reichsbank und Reichsbahn, privatwirtschaftlich organisiert worden sind. Im übrigen stellte sich heraus, daß der Reichsverband der Deutschen Industrie eigentlich gar keinen Grund zum Protestieren hatte, denn er erklärte sich mit den Auffassungen solidarisch, die der Reichswirtschaftsminister Curtius bei früherem Anlaß gemacht hatte.

Als Vertreter des Handwerks sprach Klempnermeister Dersien, dem es insbesondere die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen auf dem Gebiete der

Installation von Licht- und Wasserversorgungsanlagen

angetan hat. Im Gegensatz zu seinem Vorredner bezeichnete er die Gründung privater Gesellschaften, die sich im Eigentum der Ge-

Reichsbank und Reichsbahn.

Verhandlungen im Enqueteausschuß.

Im Vordergrund der neuen Vernehmungen, die vor dem Enqueteausschuß der Wirtschaftsenquete über die Anlage öffentlicher Gelder am Geldmarkt stattfanden, stand die prinzipielle Auseinandersetzung zwischen dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht auf der einen Seite und dem Vertreter der Reichsbahn, Ministerialdirektor Tahn, und dem Direktor der Verkehrs-Kreditbank, Schlessinger, auf der anderen Seite. Dr. Schacht vertritt den Standpunkt, daß die Vielheit der Betriebsreserven, die heute von mehr oder minder selbstständigen öffentlichen Verwaltungen und Betrieben gehalten werden, zu einer wesentlichen Erhöhung der Gesamtsumme dieser Reservenhaltung führt gegenüber dem früheren Zustand eines Zentralreservoirs der Reichsfinanzverwaltung. Dr. Schacht behauptet weiter, daß durch die Selbstständigkeit der Verwaltung dieser Gelder, wie sie insbesondere die Reichsbahn durch die Verkehrs-Kreditbank betreibt, eine Schwächung der Reichsbank am Geldmarkt eintrete, die einen volkswirtschaftlichen Nachteil bedeute, der keinesfalls durch einen gewissen privatwirtschaftlichen Vorteil der Reichsbahn in den Zinserträgen ausgegogen werden könne.

Demgegenüber erklärten die Vertreter der Reichsbahn, daß die Verkehrs-Kreditbank, deren ursprüngliches Arbeitsgebiet die Finanzierung der Frachtforderungen gewesen ist, im Zusammenhang mit diesem Verkehr ein besonders großes Netz von Zahlstellen entwickelt habe, das sie besonders geeignet mache für den Geldausgleich der zunächst nach Möglichkeit lokal vorgenommen werde und nur in den Spitzenbeträgen über die Berliner Zentrale laufe. Die Verkehrs-Kreditbank lege ihre kurzfristigen Gelder im wesentlichen in Darlehen bei den großen Banken an, und nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz von etwa 7 bis 10 Proz. der Gesamtgelder entfalle auf Industrielkredite, bei denen es sich um eine Bevorforschung von Lieferungen an die Eisenbahn handele. Auf die Frage, wie die Reichsbahn dazu gekommen sei, ihre Kostenföhrung der Verkehrs-Kreditbank zu übertragen, wurde eine sehr charakteristische Antwort erteilt. Man habe nach der Neuordnung der Reichsbahnverhältnisse einen Sachverständigen aus der Privatbankwelt das Zahlungswesen untersuchen lassen, und dieser habe die Übertragung der Geldverwaltung auf die Verkehrs-Kreditbank empfohlen. Nach diesem Vorschlag hat dann der Verwaltungsrat entschieden. Auf den Gedanken, dieses Problem mit der Reichsbank zu besprechen, ist man offenbar nicht gekommen. Dieser ganze Vorgang, wie überhaupt die Einstellung der Reichsbahnverwaltung zur Frage der Geldverwaltung, zeigt sehr deutlich, wie in Kreisen dieser Verwaltung die Privatisierung des Betriebes bei fortwährendem Reichsbesitz, die doch nur eine erzwungene Form unter der Herrschaft des Domes-Planes sein sollte, freudig dazu benutzt wurde, sich nun möglichst privatwirtschaftlich

meinden befinden, als schädlich, weil derartige Gesellschaften der Kontrolle der Wähler entzogen seien. Dieser Widerspruch zu den Ausführungen des Referenten wurde von der Versammlung offenbar gar nicht bemerkt. Der Redner forderte alle Verbände auf, die öffentlichen Wirtschaftsbetriebe zu boykottieren, indem man ihnen nichts abkaufe, sondern nur zum privaten Handel gehe.

Ganz vom hohen Rasse herab sprach der Vertreter der Banken, Direktor Ed. Mosler. Es sind ja bekanntlich die Banken, die diese ganze Kundgebung veranlaßt haben. Was nun Herr Mosler zu sagen hatte, ließe sich auf die Formel bringen, daß die öffentlichen Kassen nur diejenigen Geschäfte machen dürften, die keinen Gewinn einbringen, während alle lukrativen Geldgeschäfte ausschließlich den Privatbankiers überlassen bleiben sollen. Das wäre eine Regelung, die das Monopol der Banken mit all den Nachteilen, die sich im Laufe der letzten Krise deutlich gezeigt haben, verewigen würde. Auch dieser Redner fand Beifall, obwohl unter den Anwesenden sicherlich manche waren, die in der Zeit der Kreditnot die glänzenden Fähigkeiten unserer Bankentöhrer ausgiebig kennengelernt haben, und die sich noch heute darüber beklagen, daß die Privatbanken sehr viel Geld für die Börse, aber sehr wenig für die Produktion übrig haben.

Während im Namen des Handels-Kommerzrentat Ravens und Senator May die vermeintlichen Mißstände und Uebelgriffe der öffentlichen Hand in ihr Bereich zurückzuweisen suchten, brach der Versicherungsdirektor Hilgard eine Lanze für das Monopol der Privatwirtschaft auf dem Gebiete des Versicherungswesens. Mit der größten Schärfe wandte sich Freiherr von Kerdorff zur Borg gegen alle Bestrebungen, die eine Verbesserung unseres Bodenrechtes im Interesse der Gemeinschaft herbeiföhren könnten.

Die Versammlung einigte sich auf Richtlinien, deren Inhalt im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Länge steht, und die wir deshalb nicht in vollem Umfange abzdrukken brauchen. Die Richtlinien gehen davon aus, daß die Privatwirtschaft die Steuern zahlt (daß man das nur unter Protest tut und daß die Unternehmer am liebsten alle Besitzsteuern abjassen möchten, wird natürlich in diesem Zusammenhang verschwiegen). Das Privateigentum wird „unter diesen Umständen“ als die unantastbare Grundlage der Wirtschaft erklärt, gegen jede Konkurrenz des Staates wird Einspruch erhoben, obwohl eine wirtschaftlich leistungsfähige Privatwirtschaft vor einer solchen Konkurrenz gar keine Angst zu haben braucht. Weil es sich soviel Privateigentum leisten, Betriebe zu gründen, soll die öffentliche Hand zunächst einmal ihre Betriebe abbauen. Das ist zwar auch nicht ganz logisch, aber durchaus dem Niveau angemessen, das sich auf dieser Tagung gezeigt hat.

Es folgt dann ein Ausruf zu gemeinsamer Abwehr und dabei wird folgendes erklärt:

Die Abwehr gegen die Eingriffe der öffentlichen Hand muß sich insbesondere auch gegen alle Bestrebungen richten, die das Privateigentum an Grund und Boden antasten, den freien Grundstücksverkehr durch ein kommunales Bodenmonopol beschränken wollen und die Produktivität und Kreditfähigkeit der Landwirtschaft durch staatliche oder kommunale Eingriffe zu gefährden drohen.

Diese Richtlinien, deren Inhalt wir kurz skizziert haben, werden bürgerlichen Parlamentarieraktionen übergeben, um auf sie einen Druck auszuüben, sich den Privatinteressenten zu beugen. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden es nicht schwer haben, den bürgerlichen Parlamentariern zu erwidern, die mit derartigen dürftigen Argumenten sich der zwangsläufigen Entwicklung zur Gemeinwirtschaft entgegenstemmen wollen.

einzustellen und den öffentlichen Charakter soweit zu vergessen, daß man als Autorität für die Ordnung des Geldwesens nur noch den privaten Bankvertreter, keinesfalls aber die Reichsbank zu hören geneigt war.

Gegenüber dieser Neigung zur privatwirtschaftlichen Einstellung ist es erfreulich, daß der Reichsbankpräsident immer wieder den öffentlichen Charakter der Verkehrsbetriebe betont, und daß er sich dagegen wendet, aus der erzwungenen Privatisierung ein Prinzip, aus der Not eine Tugend zu machen. Bei der anschließenden Aussprache über die Reichskredit-A.-G., die Konzernbank der Reichsunternehmungen, erklärte der Reichsbankpräsident, daß er diese Gesellschaft als ein privates Institut betrachte, gegen dessen Geschäftsbearbeitung er vom Standpunkt der Reichsbank keine Veranlassung habe, etwas einzuwenden. Wenn man gleichzeitig hörte, daß die Reichskredit-A.-G. bei den Großbanken, deren Kartell sie nicht angeht, nicht sehr beliebt sei, so spricht das sicherlich noch nicht gegen ihre Nützlichkeit für die Volkswirtschaft.

Gründung einer neuen Kundenkredit-Gesellschaft.

Die dritte in Berlin.

Das Beispiel, das die Warenhausfirma Hermann Tieg mit der Gründung ihrer Kundenkredit-A.-G. gegeben hat, hat bei dem um seine Rumbtschaft ängstlich gewordenen Berliner Einzelhandel nun schon die zweite Nachfolge gefunden. Der vor wenigen Tagen von dem „Verband Berliner Spezialgeschäfte“ gegründeten Organisation für Anschaffungskredit („Citag“) ist jetzt unter Führung des Reichsverbandes der Pußdetailistenvereinigungen Deutschlands die Gründung der Kundenkreditgesellschaft Deutscher Einzelhändler, eingetragene Genossenschaft m. b. H.“ gefolgt.

Im Aufsichtsrat der Genossenschaft sitzen zwei Vertreter von Reichsverbänden (Pußdetailisten und Herrenausstattungen) und vier Vertreter von Berliner Verbänden (Textil-, Bekleidungs-, Schuhwaren- und Sport-, Photo- und Funkartikelf- sowie des Möbelhandels) sind weitere Sitze im Aufsichtsrat reserviert. Der Betrieb soll in nächster Zeit für Berlin eröffnet werden; gleichzeitig sollen in den Provinzstädten, je nach dem Zustuß von Mitgliedern gleiche Einrichtungen geschaffen werden. Wie man sieht, geht die hier erfolgte Gründung entsprechend unserer vor 14 Tagen gegebenen Darstellung sowohl hinsichtlich der erfassten Waren, als auch durch die Ausdehnung auf das ganze Reich außerordentlich weit. Außer Lebensmitteln und Schmalwaren wird fast alles in den Kreis des Anschaffungsgeschäfts einbezogen. Ein kleiner Vorzug der neuen Gründung dürfte in dem Genossenschaftscharakter der neuen Gründung liegen, die ähnlich wie das Königsberger System den Ein- und Austritt der Händler und so auch das Abstoppen der Bewegung erleichtert, wenn der Erfolg ausbleibt.

Im übrigen ist die Auffassung, die die neue Gesellschaft von sich aus bisher der Öffentlichkeit gibt, sehr löblich und auch zweifelhaft. Nach dem bisherigen absolut ablehnenden Standpunkt der deutschen Banken, von dem der geschäftsföhrende Vorsitzende der neuen Gesellschaft, Dr. Birnbaum, vor wenigen Tagen noch selbst berichtet, scheint die Behauptung höchst zweifelhaft, daß „50 Millionen Mark durch ein deutsches Großbankkonsortium gesichert“ sind. Ueber die unseres Wissens ausschließlich vom Kunden zu tragenden Zinsen und Kosten, der wunde Punkt des Kundenkredits, wird nur oberflächlich behauptet, daß sie geringer als bei den übrigen Projekten sei. Wir können uns des Eindrucks nicht erwehren, daß auch für diese Gründung keineswegs der Wille zur systematischen Föderung des realen Geschäfts allem maßgebend ist, daß es sich vielmehr um einen Käufersang besonders für das Weihnachtsgeschäft handelt, bei dem der Einzelhandel nicht ins Hintertreffen kommen möchte.

Wie weit die Zersplitterung der ganzen Bewegung schon treibt, zeigen weitere Meldungen. Danach will auch die Deutsche Automobilbank, die eigentlich nur zwischen Industrie und Händlerschaft vermitteln sollte, Kundenkreditbriefe an Kaufläufer ausgeben. Aus Stuttgart werden vorbereitende Schritte für den dortigen Einzelhandel gemeldet. Außerdem sind die Reichsverbände der Feinmechaniker, des Fahrrad- und Nähmaschinenhandels sowie die Berliner Schneidereinung mit Kundenkreditplänen beschäftigt. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels lehnt es übrigens ab, ihrerseits aktiv die Bewegung zu fördern, die sie den einzelnen Gruppen und Bezirken vollständig überläßt.

Scharfe Kapitalschnitte in der Schwerindustrie.

Neben den imponierenden Konzentrationen in der Schwerindustrie wird das Schicksal jener Werke leicht übersehen, die bei den verschiedenen Konzernzusammenbrüchen vielfach in neue Hände übergingen. Die neuen Herren, denen es oft nur an der Erwerbung der Verbandsquoten lag, nehmen jetzt eine scharfe finanzielle Vereinigung vor. So wird das 10,4 Millionen Aktienkapital des vom Sinnes-Konzern auf die Vereinigte Stahlwerke A.-G. übergegangenen Gußstahlwerks Witten auf die Hälfte zusammengesetzt, um den in diesem Jahre auf 1,38 Millionen gestiegenen Verlust (Vorjahr 0,76 Millionen) zu beseitigen, eine außerordentliche Abschreibung auf Maschinen und Gebäude mit 2,7 Millionen vorgunehmen und einen Referenzfonds von 1,03 Millionen zu bilden. Das Kapital wird dann wieder auf 9,6 Millionen erhöht. Die Seltentöhrer Gußstahlwerke, deren Majorität seinerzeit bei Stumm verblieb, legt aber auch teilweise abgeschrieben wurde, hat (mit Abschreibungen) Ende Juli 1926 einen Gesamtverlust von 1,30 Millionen zu beseitigen und hohe Bankschulden zu tilgen. Zu diesem Zweck wird das 4,5 Millionen betragende Kapital auf ein Drittel (1,5 Millionen) herabgesetzt und durch Reuenausgabe von Aktien wieder auf 6,5 Millionen erhöht. Ähnlich erfolgt die Sanierung der Unner Gußstahlwerke A.-G., die eine Tochtergesellschaft der Seltentöhrer Gußstahlwerke war und deren Kapital vom großen Teil an die frühere Eisenhandelsfirma Mansfeld, Berlin, überging. Ihre Verluste sind auf 547 000 M. bei einem Kapital von 1,5 Millionen gestiegen und machen eine Zusammenlegung auf ein Fünftel (300 000 M.) notwendig, der eine Wiedererhöhung auf 1 Million Mark erfolgen soll.

Die Reichsbank in der ersten Rosenberwoche. Am Wochenanfang der Reichsbank am 6. November wiederholt sich die schon für die erste Oktober- und Septemberwoche festgestellte Erfahrung, daß der Rückgang der Wechselbestände nach dem Ultimo den Zugang vor dem Ultimo nicht erreicht.

Ultimowoch. Erste Monatswoche Bestand (in Millionen Mark)

Aug./Sept.	Zugang 185,7	Zugang 29,9	1261,5
Sept./Okt.	Zugang 144,7	Zugang 5,7	1867,8
Okt./Nov.	Zugang 141,9	Abgang 67,0	1848,9

Diese Bewegung, die in der ersten Septemberwoche sogar noch ein weiteres Anwachsen zeigte, läßt für die beiden vorigen Monate ein deutliches Erstarren der Wechselbilanzierung durch die Reichsbank erkennen. Der Zugang blieb auch Oktober-November noch größer als der Abgang. Die absolute Bestandiffer ist in der ersten Rosenberwoche aber hinter der der ersten Oktoberwoche zurückgeblieben. Die weitere Beobachtung wird zeigen müssen, ob dieser Rückgang ein einmaliger und ausschließlich der besonderen Leichtigkeit des diesmaligen Ultimo zu danken ist, oder ob die Berückung des Wechselpostenkurses der Reichsbank schon wieder ihr Ende gefunden hat. Wie gewöhnlich in der ersten Monatswoche gingen die Lombardnoten zurück, und zwar um 32,0 auf 19,8 Millionen. Die Kundengelder auf Girokonten stiegen um 149,2 auf 681,8 Millionen. Die Bestände an bedienungsfähigen Devisen blieben mit 412,6 Millionen fast unverändert, während die Goldbestände weiter um 26,9 auf 2149,5 Millionen anwachsen. Im Zusammenhang damit sank der Umlauf an Reichsbanknoten um 141,1 auf 3184,8 Millionen, derjenigen an Rentenbanknoten um 58,5 auf 1256,1 Millionen. Die Deckung der Reichsbanknoten durch Gold verbesserte sich von 51,6 auf 54,5 Proz., diejenige durch Gold und Devisen zusammen von 64,0 auf 67,5 Proz.

Fusion in der Wäschefabrik. Die Wäschefabrik Wolff u. Glaserfeld A.-G. in Berlin und Bielefeld erlitt während der wirtschaftlichen Depression im Geschäftsjahre 1925/26 durch Kundzahlungsverluste und erheblich verringerten Umsatz einen Verlust von 700 000 M. Die Schulden, hauptsächlich Bankschulden, erhöhten sich von 1,14 Millionen im Vorjahre auf 1,50 Millionen. Diefem Verlust steht ein Aktienkapital von nur 680 000 M. gegenüber, so daß mehr als das ganze Stammkapital verloren ist. Zur Vermeidung der Liquidation wurde ihre Aktienmajorität im Juni d. J. von der Berliner Wäschefabrik Salomon Wasse übernommen, die eine durchgreifende Reorganisation vorgenommen hat. Insbesondere wurde der Abfall der Produkte durch ein langjähriges Lieferungsabkommen mit dem größten deutschen Warenhauskonzern sichergestellt. Die Generalversammlung der Wolff u. Glaserfeld A.-G. hat der Fusion mit der Firma S. Wasse zugestimmt.

Neueinstellung von Arbeitern bei Schwarzkopff. Die Betriebe der Berliner Maschinenbau A.-G. vorm. U. Schwarzkopff in Wilmkau stellen seit Montag Arbeiter neu ein. Es handelt sich um die Ausführung eines Auftragsauftrages auf 21 Lokomotiven. Man rechnet damit, daß die Ausführung dieser Arbeit etwa ein Vierteljahr in Anspruch nehmen kann. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß bisher in den Wilmkau riesigen Betrieben der Firma Schwarzkopff nur noch einige hundert Mann tätig waren, während bei ausreichender Beschäftigung die Belegschaft zwischen 6000 bis 8000 Mann liegen müßte.

Eine Abgabe des Maschinenbaues. Der Deutsche Maschinen- und Apparatebau erklärt, daß er eine Unterföhrung der für 1930 in Berlin vorgesehenen internationalen Ausstellung ablehnt und sie nicht unterstützen wird. Der Verein Deutscher Maschinenbauanstalten hat darüber hinaus im Hinblick auf die große Häufung von Ausstellungen und Messen seine Mitglieder angeregt, nur noch die Leipziger Technische Messe zu besichtigen.

„Schnauze halten, sonst . . .“

Die Prozeßführung in Landsberg.

B. S. Landsberg, 10. November. (Eigener Drahtbericht.)

Im weiteren Verlauf der Beweisaufnahme wird der Zeuge Lechner Kantsch vernommen. Vorl.: Sie sollen gehört haben, daß Verräter befeitigt würden. Zeuge: Ich wurde aus dem Stahlgeländ durch Leutnant Appell angeworben, der mir sagte: „Über Schnauze halten, sonst . . .“ dabei machte er die Bewegung des Aushandeln. Vorl.: Haben Sie darüber mit Kameraden gesprochen. Zeuge: Da mußte man sich vorsehen, der Kamerad war vor dem Kamerad nicht sicher. Vorl.: Das war doch ein schauerhaftes Zusammenleben hat man Ihnen beim Ausschleiden Schwierigkeiten gemacht? Zeuge: Nein. Vorl.: Hat Schulz Ihnen mal gesagt, daß Verräter befeitigt werden müßten? Zeuge: Nein. Ich halte wohl bei meiner Einstellung mit Schulz eine halbsträndige Unterredung, bei der ich durch Handschlag verpflichtet wurde, aber dieser Ausdruck ist nicht. Vorl.: Warum unterließ sich denn Schulz gerade mit Ihnen? Zeuge: Ich hatte eine Karte von Appell erhalten, auf der stand „Kriminal“. Meine Aufgabe sollte sein, Spionagedienste in der Division zu leisten. Diesen Auftrag gab mir auch Schulz. Vorl.: Das haben Sie früher nicht gesagt, warum eigentlich nicht? Zeuge: Weil man mich nicht fragte. Vorl.: Mir erscheint es merkwürdig, daß Schulz Sie als Feldwebel zur Spionage gegen Offiziere eingesetzt haben soll. R. A. Dr. Sad: War Herr Martens bei Ihnen? Zeuge: Ja. Vorl.: Herr Untersuchungsrichter Braune, hat Kantsch Ihnen so etwas erzählt? Zeuge Braune: Nein. Vorl.: Sie sagen dann.

Klapproth habe Ihnen erzählt, es sei eine Kleinigkeit, einen Menschen durch zwei Schüsse in den Hinterkopf zu töten.

Zeuge: Das hat einer meiner Leute mir erzählt, dem Klapproth diese Worte gesagt hat.

Der Vorlesende erwiderte sodann den Berliner Untersuchungsrichter Dr. Grasse, den Saal zu verlassen. Zeuge: Ein Oberleutnant Budjinski hat mir auch erzählt, er fühle sich von Klapproth bedroht, und daß Schulz um Schulz. Vorl.: Hat Schulz Ihnen gesagt, daß gegen bestimmte Personen ein heimliches Verfahren stattfinden? Zeuge: Nein. Vorl.: Aber Schulz hat die Todesstrafe angedroht? Zeuge: Direkt nicht. Es hieß öfter, daß Verräterei eine entsetzliche Gemeinheit sei und daß solch ein Mann verschwinden müsse. Vorl.: Haben Sie Anhaltspunkte, daß Schulz oder Klapproth an der Ermordung des Wilms beteiligt waren? Zeuge: Nein, aber im Falle Boed habe ich etwas Näheres erfahren. Boed wurde in Frankfurt von einem Vertrauensmann gesehen. Zwei Vertrauensleute, Glaser und Augustin, führen hinter ihm her. Ich sollte bei Schulz Meldung machen, traf ihn aber nicht an. Ich kam in eine kleine Stube im Divisionsgebäude und fand dort Büchling, Fahlbusch und Klapproth vor, dem ich die Meldung machte.

Am nächsten Tage sagte Schulz zu Klapproth: „Merken Sie sich den Mann, der kennt den Boed.“ Glaser meinte, er man den Boed nicht schon in Mählrose umlegen könnte.

Angelk. Schulz: Ich bemerke nur, daß keiner den Boed persönlich kannte, daß die Kriminalpolizei mit unseren Leuten zusammen nach Boed suchten. Zeuge Dr. Stankien: Die Aushandlung des Glaser, daß Boed umgelegt werden sollte, habe ich nie gehört. Ich habe mit der Berliner Polizei mit Kriminalkommissar Maßbach verhandelt, ob man den Boed verhaften könne. Man kann doch wohl nicht annehmen, daß die Berliner Kriminalbeamten Leute umlegen. R. A. Dr. Sad: Hat Herr Mertens Geld gezahlt? Zeuge: Ich bekomme von Mertens noch Geld, das ich ihm gepumpt habe. Ich war einmal bei der Uga für Menschenrechte. R. A. Dr. Sad: Waren Sie denn dabei, als Göbel dem Mertens sagte: „Wie kannst Du so etwas schreiben, das ist ja alles Unsinn.“ Zeuge: Das habe ich ihm auch gesagt. R. A. Dr. Sad: Haben Sie nicht Herrn Mertens auch einmal honorare von der „Welt am Abend“ geholt und haben Sie nicht 10 M. davon abbekommen? Zeuge: Ja. Vorl.: Ich möchte den Zeugen beidigen. R. A. Dr. Sad: Das ist bedenklich. Bezüglich seiner angeblichen Tätigkeit als Spiegel hat er entweder heute oder in der Voruntersuchung einen Meineid geleistet.

Der Zeuge wurde darauf vereidigt.

Als Rollkommando gefürchtet . . .

Dann wurde der Zeuge Gärtner Feldmann, der vom Vorlesenden sehr ernst zur Wahrheit ermahnt wurde, vernommen. Vorl.: Wissen Sie, daß Klapproth gefürchtet wurde? Zeuge: Klapproth, Büchling und Fahlbusch waren als Rollkommando gefürchtet. Vorl.: Haben Sie einmal einer Prügelei beigewohnt? Zeuge: Ich habe sie selbst bekommen. Ich war in Potsdam in der Redly-Kaserne und bekam eines Nachts von sechs Mann Prügel. Vorl.: War Klapproth dabei? Zeuge: Nein. Vorl.: Wußten Sie, warum Sie Prügel bekamen? Zeuge: Nein. Oberleutnant Eisenbeck verurteilte den Stubenältesten später zu acht Tagen Arrest. Vorl.: Also haben die Vorgesetzten die Sache nicht durchgehen lassen. Hat Klapproth Aushandlungen getan, Verräter stehen sich leicht beiseite? Zeuge: Ja. Ich traf mit Klapproth auf der Division zusammen. Ich wollte zu Schulz und mußte warten. Wir kamen ins Gespräch und

Klapproth meinte, daß es für Plauderer Prügel gäbe. Ich sagte, dann geht man sich einfach zur Wehr. Da sagte Klapproth: „Bei Verrätern ist das sehr einfach. Man läßt den Mann vor-ausgehen. Zwei Schüsse in den Hinterkopf genügen.“

Vorl.: Sie haben als Gemeiner eine recht dreiste Sprache geführt. Mich wundert, daß Klapproth Sie nicht verhaften hat. Sie haben früher anders ausgesagt. Da sagt man als alter Soldat eine Redensart hin und nach drei Jahren sieht es ganz anders aus. Sie haben früher gesagt, Klapproth hätte Ihnen gesagt: „Hüte Dich, daß Du nicht unter die Verräter kommst.“ Zeuge: Das kann auch sein. Angelk. Klapproth: Ich halte die ganze Erzählung für unrichtig. Ich bin nie mit Oberleutnant Schulz zusammen in Potsdam gewesen.

Hierauf wurde Kriminalkommissar Dr. Stumm-Berlin über die Zeugen Schmidt (Halbshuh) und v. Albert vernommen. Der Zeuge erklärte, daß er über die Persönlichkeiten der Zeugen keine Ermittlungen angestellt habe. V. Albert habe angegeben, es sei ein Mann von der Feme ermordet worden, der in Wirklichkeit lebt. Vorl.: Ist etwas ermittelt, daß Schulz an Klapproth oder andere Befehle zur Ermordung anderer gegeben habe? Zeuge: Dafür sind keine Unterlagen vorhanden. R. A. Dr. Sad: Wissen Sie, daß Schmidt zugeben mußte, seine Behauptung, er habe Beamte der Abteilung IA bestochen, sei unwahr? Zeuge: Davon habe ich gehört.

Zeuge Schmidt im Kreuzverhör.

Daron schloß sich die Vernehmung des Zeugen Karl Schmidt (Halbshuh). Vorl.: Was wissen Sie von dem Fall Gädike? Zeuge: Bis vor einer Stunde hatte ich Aktenmaterial zur Verfügung, jetzt habe ich es nicht mehr und kann deshalb nichts sagen. Vorl.: Sie haben vor dem Untersuchungsrichter gesagt, daß die Arbeitskommandos sich im Kriegszustand befanden und daß mit den Kriegsartikeln rückwärtslos als im Kriege gegen Verräter vorgegangen werde. Zeuge: Im Kriege war man in der Tat rückwärtslos. Vorl.: Sie haben weiter gesagt, daß ein Bericht über Verbrecher an Oberleutnant Schulz gegeben und dessen Abteilung angerufen wurde. Haben Sie einen Urteilspruch des Schulz gehört? Zeuge: Ich berufe mich auf die Aussagen von Fahlbusch oder Klapproth. Büchling ist ja tot. Vorl.: So?

Ich habe Nachricht, daß Büchling in einem Berliner Hotel ein- und ausgeht.

Was halten Sie unter Ihrem Eide aufrecht? Zeuge: Am 3. Juli 1922 trat der Feldwebel Limhofer an mich heran, um einen Kursum in Rathenow abzuhalten. Dazu sollte ich einen Mann namens Wilms mitnehmen. Wilms ist später in der Havel tot aufgefunden worden. Vorl.: Sind Sie mit Wilms nach Rathenow abgefahren? Zeuge: Nein, ich lehnte ab, denn es war ein Deckbefehl von Schulz. Vorl.: Welche Unterlagen haben Sie dafür? Sind Sie eine so zuverlässige Persönlichkeit, daß jemand daraufhin Oberleutnant Schulz zum Tode verurteilen kann? Wie kam denn nun Wilms nach Rathenow? Zeuge: Oberleutnant Führmann fuhr mit der Bahn voraus, dann erst folgte Limhofer mit Wilms, ebenfalls mit der Bahn. Vorl.: Ich nehme nicht an, daß Sie ein schlechter Mensch sind.

Schulz sitzt 20 Monate in Haft und da wagen Sie dem Gericht allgemeine Andeutungen zu machen?

Ich drohe ungern mit Strafe, aber ich frage Sie, welche Beweise haben Sie, daß Schulz den Mordbefehl gegeben haben kann? Zeuge: Ich verweigere die Aussage, da ich mich strafbar machen kann. Vorl.: Erläutern Sie das näher. Zeuge: Es handelt sich um einen ganzen Komplex. Vorl.: Woher hatten Sie das Material über den Fall Gädike? Zeuge: Darüber verweigere ich die Auskunft. Vorl.: Der Zeuge hat seit langem Auslagen vor dem Untersuchungsrichter gemacht. Heute weigert er sich, Einzelheiten anzugeben, mit der Behauptung, er mache sich strafbar, wenn er ausläge. R. A. Dr. Sad: Seit 20 Monaten wird Schulz als Leiter der Mordorganisation bezeichnet. Von wem hat der Zeuge das angelegte Material bekommen? Welche Darlegungen will der Zeuge zum Beweise dafür machen, daß er sich einer Strafverfolgung aussetze? Zeuge: Ich bin zu vielen Gefahren ausgesetzt. Oberstaatsanwalt: Wissen Sie, daß Büchling oder Klapproth zu Morden veranlaßt wurden? Zeuge: Ja, sie haben das selbst gesagt. Oberstaatsanwalt: Sie haben von den Kommandos „J. b. B.“ gesprochen, wurden die besonders ausgebildet? Zeuge:

Ich habe selbst einen Mordbefehl bekommen, allerdings nicht von einem Führer der Schwarzen Reichswehr, sondern von einem Führer einer Geheimorganisation.

Der Zeuge wurde darauf vereidigt. Vorl.: Herr Staatsanwalt, verzichten Sie auf den Zeugen v. Albert, der Menschen tot jagt, die lebt noch leben? Oberstaatsanwalt: Nein. R. A. Dr. Sad: Ich verzichte auch nicht, da ich die Verhaftung dieses Mannes im Gerichtslokal wegen Meineids beantragen werde.

Dann vernahm das Gericht den Zeugen Kaufmann v. Albert. Vorl.: Wissen Sie, ob Schulz den Befehl gegeben hat, einen Mann zu befehligen? Zeuge: Ein direkter Befehl ist mir nicht bekannt. Als ich damals nach Küstrin kam, sagte mir Schulz, daß Disziplin gewahrt werden müsse. Verräter seien standrechtlich zu erschließen. Ich habe den Befehl weitergegeben und gesagt, daß Verräter getötet werden müßten. Das war im August 1922. Vorl.: Sind Sie aktiver Offizier gewesen oder haben Sie die Kriegsarbeiten geleistet? Sie haben doch wohl dabei vom Standrecht als der Form der Gerichtsbarkeit gehört. Meinte Schulz nur, daß man Leute heimlich todschlagen sollte? Zeuge:

Wenn jemand die Pläne verraten hätte, würde die ganze Sache hinfällig gewesen. So mußten wir auf dem Befehl bestehen.

Vorl.: Haben Sie erfahren, ob Schulz einmal einen Befehl zur heimlichen Befestigung eines Mannes gegeben hat? Zeuge: Ich hatte bezüglich des Forts Sägzig von einem Mord gehört, dieser hat sich aber als Irrtum herausgestellt. Angelk. Schulz: Der Zeuge v. Albert ist wegen schlechter Führung aus dem Kommando Krossen entfernt worden. Gegen meinen Willen wurde er dann im Fort Gorgast eingestellt. Ich hörte dann, daß sein Vater sich an Exzellenz von Seckl gewandt habe, sein Sohn werde auf Fort Gorgast gewaltsam festgehalten. Exzellenz v. Seckl veranlaßte eine Untersuchung. Ich fuhr darauf nach Küstrin und traf dort den Führer v. Albert und war entsetzt, daß er noch da war. v. Albert war höchst erfreut, wie sein Vater so etwas schreiben konnte. Der Zeuge v. Albert bestritt dies.

Wie der Fall Gädike vertuscht wurde.

Nach der Mittagspause wurde der Fahrerabwärtler Müller-Sollin vernommen. Seine Aussage ist unbedeutend.

Zeuge Leutnant a. D. Knüppel hatte den Befehl, Gädike vom Fort Sägzig nach Küstrin zu bringen. Er sagt aus: Im Fort Tschernow fand ich Gädike, der am Kopf blutete. Ich sprach mit ihm, und er gab mir klare Antworten. Da ich Haftbefehl gegen Gädike hatte, mußte ich ihn ins Lazarett bringen.

Hahn und ich wollten nicht sagen, daß Gädike mißhandelt worden sei, und wir beschloßen zu sagen, er sei die Treppe heruntergefallen.

Vorl.: Erinnern Sie sich, daß anfänglich dieses Falles Oberleutnant Schulz die Leute gewarnt hat, sich an den Munitionsschießern zu vergreifen? Zeuge: Daran erinnere ich mich sehr gut. Vorl.: Besteht nicht die Möglichkeit, daß Sie im Fort Tschernow bereits erfahren haben, daß Gädike mißhandelt worden war, und daß Sie der Kommandantur eine falsche Meldung gemacht haben? Zeuge: Das ist möglich.

Das Gericht beschloß, den Zeugen wegen des Verdachts der Begünstigung nicht zu vereidigen.

Die Aussagen des früheren Wärtlers des Forts Tschernow und des Gastwirts Neumann sind unbedeutend.

Der Zeuge Janke wurde über seine Verhaftung nach der Munitionsschießung vernommen. Er sei am 17. oder 18. Juni 1923 verhaftet worden, nachdem er ins Besatzungszimmer gerufen worden war. Schulz habe ihn vernommen. Büchling und Klapproth seien herein gestürzt und hätten ihn schlagen wollen. Schulz habe sie hinausgejagt und Oberleutnant Körke beauftragt, den Zeugen in den Arrest zu führen, nachdem ihm der Degen abgenommen worden war. R. A. Dr. Sad: Hatten Sie denn überhaupt einen Degen? Zeuge: Gewiß. Vorl.: Nachdem Herr Dr. Löwenthal nicht mehr hier ist, brauchen wir diese Einzelheiten nicht mehr. Zeuge Knüppel: Wir waren nach dem Geständnis des Janke wie erschlagen.

Dann sprach Körke auf und rief ihm den Offiziersstock vom Leib. Ich steule mich über die Schnelligkeit Körkes.

Ausführer Mamroth: Wo hat nicht Schulz, sondern Körke dem Zeugen den Kopf ausgelesen. Zeuge: Jamohl.

Zeuge Leutnant a. D. Dabkowski schildert den Ueberfall Klapproth auf Gädike. Er hält es für ausgeschlossen, daß Klapproth etwas in der Hand hatte, er hörte aber den Ruf: „Es ist gut, daß Büchling nicht da ist.“ Angelk. Hahn: War Frau Gädike nicht einige Tage später bei Ihnen? Zeuge: Ja. Ich erzählte ihr, daß ihr Mann die Treppe hinuntergefallen sei.

Auf Befragen des Staatsanwalts änderte der Zeuge Gädike seine Aussagen in einem Punkte um. Während er bisher gesagt hatte, daß er allein nach Fort Tschernow kommandiert worden sei und daß der dienstfreie Leutnant Dabkowski ihn begleitet habe, erklärte Gädike jetzt, daß Leutnant Dabkowski dienstlich nach Tschernow gefahren und er ebenfalls im Dienst Dabkowski begleitet habe. Darauf wurden Dabkowski, Gädike und Janke vereidigt.

Eigenartige Verhandlungsführung.

Darauf werden die Angeklagten im Prozeß zum Fall Gräbche Führer a. D. Becker und Oberleutnant Schrenk noch einmal ausführlich und unter fortwährenden Vorhaltungen des Vorlesenden über ihr Gespräch mit Schulz vernommen, ohne daß die Beziehungen zum Fall Gädike klar werden. Während des Kreuzverhörs wird der Untersuchungsrichter vom Vorsitzenden hinausgeschickt. Der Untersuchungsrichter leistet der Aufforderung kopfschüttelnd Folge. Der Zeuge Becker wird infolge der schändlichen Befragung des Vorsitzenden so nervös, daß er in die Worte ausbricht: „Ich kann heute überhaupt nichts mehr sagen. Nach den vorangegangenen Tagen geht mir alles durch-einander.“ Der Untersuchungsrichter Braune erklärte hierzu, daß Becker sich sehr zögernd zu seinen Schulz belastenden Aussagen verstanden habe. Schrenk habe überhaupt nur etwas gesagt, wenn er ihm feste Vorhaltungen gemacht habe.

Zum Schluß stellte noch Justizrat Mamroth-Breslau den Antrag, R. A. Lehner-Bregitz als Zeugen zu laden, der über seine Unterhaltung mit dem Angeklagten Hahn, bevor dieser vom Untersuchungsrichter vernommen worden sei, auslegen solle. Auch der Oberstaatsanwalt schloß sich diesem Antrage an, da er aus den Befragungen dieses Zeugen einige den Angeklagten Hahn belastende Schlüsse ziehen wolle.

Nach längeren Auseinandersetzungen zwischen den Prozeß-beteiligten wurde der Antrag jedoch dann von beiden Seiten zurück-gezogen.

Damit war die Beweisaufnahme in dem letzten der vier Land-sberger Prozesse beendet. Am heutigen Donnerstag morgen um 9 Uhr wird Oberstaatsanwalt Rohrlack plädieren. Das Urteil gegen die Angeklagten ist in den Nachmittagsstunden zu erwarten.

Die neue Mercedes

Modell 5

ist das ausgereifte Werk unserer unermüdlichen Arbeit an der Vollendung der Schreibmaschine!

Verlangen Sie kostenlose Vortführung und Druckschriften 3174

Unsere weiteren Modelle sind: MERCEDES-ELEKTRA (die elektrische Schreibmaschine), RECHNENDE MERCEDES-ELEKTRA (die elektrische Buchungsmaschine), MERCEDES-EUKLID (die elektr. Rechenmaschine)

MERCEDES-BÜROMASCHINEN-WERKE, ZELLA-MEHLIS i.Th.

Generalvertrieb für Groß-Berlin: Ferdinand Schrey G.m.b.H., Berlin SW 19, Beuthstr. 2-3 / Tel.: Merkur 2413-15



Die Geheulken von Chicago.

Eine Erinnerung an den 11. November 1886.

Im Oktober 1884 beschloß die Gewerkschaftsöderation der Vereinigten Staaten und von Kanada, vom 1. Mai 1886 an nur noch acht Stunden zu arbeiten und, wenn es not tue, den Achtstundentag mit allen gewerkschaftlichen Mitteln durchzusetzen. Dieser Beschluß war der vorläufige Höhepunkt einer sich schon über ein Jahrzehnt erstreckenden Achtstundentagbewegung, die die Einführung des Achtstundentages in den Verwaltungen fast sämtlicher Staatslegislaturen erzwang. Auch der Vereinigte Staatenkongreß nahm im Jahre 1887 das Gesetz über die Einführung des Achtstundentages an. Die Regierung und ihr Präsident Hayes weigerten sich aber, es auszuführen. Darum die erneute um sich greifende Bewegung.

So wenig sich nun die Anarchisten Amerikas, die gerade in jenem Jahrzehnt infolge der wirtschaftlichen Krisis bedeutend an Macht gewonnen hatten, mit den Kampfmethoden der Gewerkschaften einverstanden erklärten, so sehr erließen ihnen die Achtstundentagbewegung ein günstiges Agitationsmittel. Besonders die sehr zahlreichen Gruppen der Chicagoer Anarchisten bemühten sich der Bewegung. Ihr Sprachrohr im Kampfe waren die ehemalige sozialistische Arbeiterzeitung, „Der Vorbote“ und „Die Fackel“, die Organe der Deutschen sowie „Der Alarm“, die englische Zeitung.

In die durch den Beschluß zum Kampf erregte Spannung brach nun ein Ereignis ein, das zum unverhofften Ausbruch für den Raitampf werden sollte. In der Ackerbaugerätschaftenfabrik von McCormick in Chicago war ein Konflikt ausgebrochen, der am 16. Februar 1886 zur Entlassung von 1200 Arbeitern und zur Schließung der Fabrik führte. Am 2. März fand eine Versammlung der Entlassenen statt, um unter anderem gegen die bewaffnete Intervention von 400 uniformierten Polizisten und 300 bis an die Zähne bewaffneten Pinkertonianern — Privatpolizei, die sehr häufig von den Fabrikanten bei Streiks gegen die Arbeiter ausgedient wurde — zu protestieren. Richtige Gründe veranlaßten die Polizei, gegen diese und ihre folgenden Versammlungen vorzugehen, die Arbeiter niederzuknüppeln und in die Gefängnisse zu schleppen.

Diese Vorgänge erhellten begreiflicherweise die Gemüter und richteten auch das allgemeine Augenmerk noch mehr auf die Achtstundentagbewegung und den für den 1. Mai vorgesehene Streik. Allabendlich wurden in der Stadt zahlreiche von den Anarchisten beherrschte Versammlungen abgehalten. Noch am Sonntag vor dem 1. Mai veranstaltete die Zentral-Labour-Union eine von 25 000 Arbeitern besuchte Achtstundentagsversammlung. Am 1. Mai legten über 25 000 Mann ihre Arbeit nieder. Schon am 3. Mai war der Streik fast allgemein geworden. Die Erregung der Kapitalisten begann zu wachsen. Die Pinkertonianer aber standen willig zur Ausführung jedes Befehles bereit. Die tatsächliche Bedrohung eines Streikbrechers durch einen Streikenden war für diese Banditen des Kapitals ein erwünschter Anlaß, ein mörderisches Feuer auf die versammelten Ausständigen zu eröffnen, das sechs Opfer forderte.

Diese Mordtaten weckten unter den Streikenden und ihren Führern ungeheure Erbitterung. Ein „Kochzirkular“, von dem Anarchisten Spies verfaßt, ermahnte die grenzenlose Empörung, und forderte die Arbeiter zu den Waffen heraus. Trotzdem war aber die für den 4. Mai von einigen Delegationen der Gewerkschaften nach dem Heumarkte einberufene Versammlung nur als Protestversammlung gedacht. Spies selbst, der Verfasser des Flugblattes, erklärte sich entschieden gegen eine bewaffnete Versammlung. Er war bei allem revolutionären Willen zur Tat doch zu klug, sich in einen unvorbereiteten Kampf mit der Staatsgewalt einzulassen. Auch Parsons, ein gleichfalls als Redner vorgehender Anarchistenführer, wünschte nur eine friedliche Protestversammlung, was sich schon darin ausdrückte, daß er Frau und Kinder mit zur Versammlung nahm.

Um 8 Uhr fand die Versammlung auf dem Heumarkte statt. Sie schien einen ruhigen Verlauf nehmen zu wollen. Spies sprach etwa zwanzig Minuten. Nach ihm sprach Parsons ausführlich über die Achtstundentagsfrage. Als gegen 10 Uhr eine schwarze Wolke einen schlimmen Regen heraufbeschied, entfernten sich zahlreiche Versammlungsbesucher. Fielden, der letzte Redner, bot, noch einige Minuten zu bleiben, er werde gleich schließen. In diesem Augenblick marschierten hundert Polizisten auf die nur noch zweihundert Mann zählende Versammlung zu. Im Namen des Volkes des Staates Illinois befahl der Offizier die Auflösung der Versammlung. Als ihm Fielden versicherte, daß die Polizei eine friedliche Versammlung vor sich habe, befahl der Offizier anzugreifen. Zu gleicher Zeit, da die Fülllade der Polizei begann, explodierte eine Bombe. In Schrecken und heilloser Verwirrung stoben die Versammelten auseinander, Verwundete stürzten nieder, Polizisten von den eigenen Kameraden angepöbelt, schrien auf.

Mit sieben Toten und 60 Verwundeten mußte die Polizei ihr brutales Vorgehen auf dem Heumarkte büßen. Welche Hand die Bombe geworfen hatte, ist nie in Erfahrung gebracht worden. Allgemein schließt man auf einen „Agent provocateur“, nach dem die kapitalistische Presse so oft geschrieben hatte. Trotzdem die Führer der Anarchisten eine Schuld ganz entschieden bestritten, machte man ihnen den Prozeß. Man „machte“ ihn, und zwar mit allen Mitteln, die einer korrupten, in klassischer Abhängigkeit vom Kapital stehenden Justiz geeignet erschienen, ein „günstiges“ Urteil, d. h. eine Verurteilung und damit eine Vernichtung des Anarchismus und aller Gruppen der Arbeiterbewegung zu erzielen. Während des ganzen Monats Mai wütete eine Schreckensherrschaft in Chicago. Wer irgendwo in Beziehung stand zum Anarchismus, wurde verfolgt, verhaftet, in den Kerker eingeschütert. „Geständnisse“ wurden in brutalster Weise erzwungen. Gegen die Anarchistenführer Spies, Fielden, Parsons, Schwab, Engel, Lingg, Fischer und Keebe wurde die Anklage auf Mord erhoben, die dann, als die Staatsanwaltschaft sah, daß sie damit eine Verurteilung nicht erreichen werde, umgewandelt wurde in eine Anklage auf Verschwörung zur Ermordung von Polizisten.

Die Angeklagten wurden verurteilt, und zwar zum Tode, mit Ausnahme Keebes, dem man 15 Jahre Zuchthaus sprach.

Die kapitalistische Pressefeuchte heute auf im Triumph. Die Verurteilung der acht Angeklagten war ein Hauptschlag wider die Arbeiterbewegung, sollte es wenigstens sein. „Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgedrückt werden“, hatte der die Anklage vertretende Staatsanwalt Grinnel ausgerufen, und es waren ihm aufreizende Artikel und Drohungen Beweisgrund genug gewesen, darauf seinen Antrag auf ein Todesurteil aufzubauen. Daß diese aufreizenden Artikel der Arbeiterpresse nur eine Folge der aufreizenden Presseprache der Kapitalistenblätter waren, kümmerte den Richter nicht. „Es ist sehr hübsch, wahres Fleid zu besitzen, aber die beste Wahlheit für einen lumpigen Bogabunden ist Biet.“ So schrieb nach den Berichten der „New-Yorker Volkszeitung“ die Chicagoer „Times“ kurz vor dem Heumarktereignis über die Arbeitlosen. Und die Chicagoer „Tribüne“ schrieb folgendes: „Der einfachste Plan ist der, den Arbeitslosen und Bettlern Urteil in das Mittagsessen zu streuen, das bewirkt in kürzester Frist den Tod und ist anderen Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten.“

Unter der Arbeitererschaft rief das grauwäurige Massenurteil des Gerichtes Entsetzen hervor. In ganz Amerika wurden Gelder — insgesamt 50 000 Dollar — für einen neuen Prozeß vor einer

Die Maßnahmen Mussolinis.



Mit Spannung erwartet die Welt den Ausgang des Unterfangens . . .

höheren Instanz gesammelt. Diese nächste Instanz, das Obergericht von Illinois, entschied gegen die Angeklagten mit der Begründung, das Verbrechen auf dem Heumarkte sei von den Angeklagten angeraten worden. Auch das Bundesgericht in Washington blieb bei dem Urteil. Alle nun einsehenden Versuche, den Gouverneur des Staates Illinois zu bewegen, die Angeklagten wenigstens zu begnadigen, erreichten lediglich die Begnadigung Fieldens und Schwabs zu lebenslänglichem Zuchthaus. Die übrigen Todesurteile wurden bestätigt, trotz den über hunderttausend Unterschriften für die Begnadigung, trotz der unermüßlichen Tätigkeit des Verteidigers Blad für seine Klienten und der von Vertretern des Parlaments und der radikalsten Parteien von Deutschland, Frankreich und England erfolgten Rufe nach Gerechtigkeit und Gnade.

Am 11. November, vormittags 10 1/2 Uhr, wurden August Spies, Albert Parsons, Joseph Fischer und Georg Engel gehängt. Louis Lingg hatte am Tage vor der Urteilsverkündung in seiner Zelle den Selbstmord gesucht und gefunden. Lingg war der einzige der Verurteilten, über den die Geschworenen und Richter wenigstens mit einem Schein des Rechts das Urteil hätten sprechen können. Er war ein leidenschaftlicher Anarchist, der tatsächlich die Bombe für das Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse hielt. Aber auch er bestritt — trotzdem er bereit war, die Schuld, wenn man durchaus eine feststellen wollte, auf sich zu nehmen — ganz entschieden den Bombenwurf auf dem Heumarkte.

Ueber den Todesgang der tapferen Männer berichtet die „New-Yorker Volkszeitung“:

„Nachdem die Vorbereitungen vorüber waren, trat der Zug, mit Sheriff Mallon an der Spitze, den Weg durch den Korridor an. Spies war der erste, der aus der zum Galgen führenden Tür schritt. An den Tischen neben der Tür saßen die Reporter und privilegierten Reuegerigen. Spies warf seinen Blick auf sie, dann richteten seine Augen sich für eine Weile nach dem Galgen. Auf ihn folgten Fischer und Engel, zuletzt Parsons. Alle vier Männer gingen festen Schrittes und ohne Stöße; ruhig stellten sie sich auf, wie die Beamten dies anordneten. Engel und Fischer wechselten noch ein paar Worte, dann trat der Schlichter auf Spies zu, befestigte mit einem raschen Griff die Schlinge und zog ihm die Kappe über das Gesicht. Das gleiche geschah mit den anderen, ohne daß einer von ihnen irgendwelche Bewegung verriet. Es war still geworden in dem weiten Raum, und dann erklang plötzlich Spies' helle Stimme, trotz der Verhüllung klar und deutlich. Er rief: „Die Zeit wird kommen, da unser Schweigen im Grabe mächtiger sein wird als unser Reden!“ Wieder ward es still, dann rief Engel: „Hoch die Anarchie!“ Fischer folgte ihnen mit dem Ausruf: „Dies ist der glücklichste Augenblick meines Lebens!“ Langsam und deutlich kam es aus Parsons' Munde: „Wird mir gestattet werden zu reden? O, ihr Frauen und Männer des teuren Amerika!“ Der Sheriff drehte sich um, als ob er ein Zeichen geben wollte. Parsons mußte dies bemerkt haben, denn er rief: „Lassen Sie mich reden, Sheriff Mallon. Lassen Sie die Stimme des Volkes gehört haben!“ In diesem Augenblick fiel die Kappe und die vier Körper hingen in der Luft. Für einen Sekunden und suchten Tod, der sonst jedem Verbrecher peinlichst gesichert wird, hatte man diesmal nicht gesorgt. Die vier Männer starben durch Erdröpfung, nach schwerem Todeskampf.“

So gingen diese Männer unerschrocken und unerschüttert in ihrem Glauben, der Befreiung der Arbeiterklasse gedient zu haben, in den Tod. Es waren Anarchisten, Vertreter einer von der sozialistischen Arbeitererschaft im täglichen politischen Kampfe bekämpften Richtung. Aber es waren doch Arbeiter, die man mordete, Arbeiter, die um ihres Zieles willen starben. Darum auch die Würdigung in unseren Reihen, überall, wo Arbeiter um ihre Befreiung kämpfen. Das Proletariat von Chicago und ganz Amerika fühlte im gleichen Sinne, als es zu Hunderttausenden, ohne Unterschied der Richtungen, den Toten das Geleit gab. Die Bourgeoisie von Chicago hatte gehofft, mit dem Urteil die Arbeitererschaft in Angst zu

verlegen. Sehr mußte sie erleben, daß die Sympathien für die Toten überwältigend groß waren.

Friedlich, der Anarchistenbewegung selbst hatte man mit der Mordtat die Lebenskraft genommen. Nicht aber der allgemeinen Arbeiterbewegung. Noch im gleichen Jahre führten die Gewerkschaften den so gewaltig niedergeschlagenen Kampf um den Achtstundentag weiter, einen Kampf, der dann im Jahre 1890 zum offenen Ausbruch kam und in dem in 137 Städten für 46 000 Arbeiter der Achtstundentag wirklich erungen wurde. Karl Ulrich.

Wie Bürgers „Münchhausen“ entstand.

Die Entstehung unserer alten Volksbücher verliert sich meist im Dunkel der Vergangenheit. Nur bei dem jüngsten dieser Werke, dem „Münchhausen“, läßt sich die Entstehung mit einer gewissen Sicherheit nachweisen. Wenn auch die Völgengeschichten, die hier erzählt werden, in der ganzen Weltliteratur verbreitet sind, so war doch der Erzähler selbst, der Baron von Münchhausen auf Bodenwerder, eine historische Persönlichkeit, die von 1720 bis 1797 lebte. Sein bedeutendes Erzählergenie war weit bekannt; seine Jagdamerablen erzählen seine Geschäfte weiter, und so wurden sie denn — einem holländischen Kopist 1781 zum erstenmal in einem „Badenertum für lustige Leute“ zusammengestellt, das bei dem Redakteur August Mollus in Berlin erschien. Man hält für den Redakteur dieser ersten Sammlung von Völgengeschichten unter dem Namen Münchhausen den Bibliothekar Kops, der dann später wegen schwerer Verbrechen nach England flüchtete, dort den Stoff erweiterte, umarbeitete und 1785 in englischer Sprache herausgab.

Es ist nun bekannt, daß derjenige, der den „Münchhausen“ in Deutschland heimlich machte, G. H. Bürger war, der Dichter der „Renore“; er hat das englische Büchlein ins Deutsche zurückübersetzt und noch um ein Drittel erweitert. Wie aber Bürger dazu kam, diese ihm doch eigentlich fern liegende Arbeit zu übernehmen, das ist erst jetzt durch Dr. C. Eckstein geklärt worden, der darüber in seiner Neuauflage des „Münchhausen“ berichtet, die von der Gesellschaft der Weimarer Bibliophilen veranstaltet wurde. Bürger, der in seinen Gedichten so sehr aufs Volkstümliche ging und die Volkshohle neu belebte, hatte bereits als Göttinger Student Gelegenheit, den Freiherren von Münchhausen, der in dem nahen Bodenwerder lebte, zu sehen und von seinen Geschichten zu hören. Als er Anfang 1796 seine heftigste Rolle verloren hatte, stand er einsam da und ergriff nun eine Gelegenheit, aus Göttingen fortzukommen. Es erschien sich ihm die Möglichkeit zu eröffnen, das Land der Volksballaden, die er in der Sammlung des Völgers Percy kennengelernt hatte, zu besuchen. Er erhielt nämlich von England aus den Antrag, nach Brüssel zu kommen und dort einen jungen Sohn des Lord Visbourne abzuholen, den er in der deutschen Sprache unterrichten sollte. Aber er kam nicht mit seinem Jüngling nach England, sondern machte mit ihm eine längere Rheinreise, die dann Anfang Juni 1786 in Göttingen endete. Eckstein vermutet nun, daß Bürger unter den Büchern seines Schwagers das schmale Münchhausenbüchlein entdeckte, das sonst wohl kaum aus England nach dem Kontinent gekommen ist. Er mag es dann mit seinem Jüngling zusammen übersehen haben, der ihm die nötigen sprachlichen Kenntnisse vermittelte. Da Bürger Mitte August 1786 nach Weimar und Jena ging, muß er die „Wunderbaren Reisen zu Wasser und zu Lande“, die im Herbst 1786 mit dem angebliden Drucker London, tatsächlich aber in Göttingen, erschienen, in der Zeit von Juni bis August übertragen haben. Nach manchen Angaben in Briefen Bürgers läßt sich annehmen, daß er schon irgendwo an der Redaktion der Bademerkungsgeschichten von 1781 beteiligt war, so daß ihm die englische Ausgabe, die er für seinen „Münchhausen“ benutzte, nichts Neues war.

Drachensiegen in Offassen. Im ganzen Südosten von Asien, einschließlich der Inseln im Stillen Ozean, ist zurzeit die große Saison der Papierdrachen. Dieses Spiel ist bei Chinesen, Japanern, Indern und Maccis uralt und hing ursprünglich wohl zusammen mit religiösen Vorstellungen. Auf Honolulu sind, wie die amerikanische Presse von dort berichtet, dieses Jahr besonders fein ausgearbeitete Drachen in den verschiedensten Tierformen zu sehen: Schmetterlinge, Vögel, Fische in den buntesten Farben, ja, sogar Bohnen und Kartoffeln fliegen in die Luft.

